

## Gesetzentwurf

der Bundesregierung

### Entwurf eines Gesetzes

zu dem Abkommen vom 8. Juli 2003

zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der mazedonischen Regierung über Soziale Sicherheit

#### A. Problem und Ziel

Durch das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung soll im Bereich der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland und Mazedoniens der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden, insbesondere für den Fall, dass sich die betroffenen Personen im jeweils anderen Staat aufhalten.

Das neue Abkommen soll das bisher im Verhältnis beider Staaten weitgeltende Abkommen vom 12. Oktober 1968 in der Fassung des Änderungsabkommens vom 30. September 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit ablösen.

#### B. Lösung

Das Vertragswerk beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern beider Staaten in Bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungserbringung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Staat. Im Bereich der Kranken- und Unfallversicherung ist vorgesehen, dass den Versicherten – unter anderem auch Touristen – beim Aufenthalt im anderen Staat Sachleistungen aushilfsweise vom dortigen Träger der Kranken- und Unfallversicherung erbracht werden. Ferner ist vorgesehen, dass in der deutschen und mazedonischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

Mit dem Inkrafttreten des Abkommens tritt im Verhältnis zwischen beiden Staaten das Abkommen vom 12. Oktober 1968 in der Fassung des Änderungsabkommens vom 30. September 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit außer Kraft.

Mit dem vorliegenden Entwurf des Vertragsgesetzes sollen die Einkünfte die nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erhalten.

### **C. Alternativen**

Keine

### **D. Finanzielle Auswirkungen**

#### **1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand**

Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet; für den Bund ergeben sich im Vergleich zur bisherigen Rechtslage keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen.

#### **2. Vollzugaufwand**

Durch die Umsetzung dieses Gesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten im Verwaltungsvollzug.

### **E. Sonstige Kosten**

Mit Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, ist nicht zu rechnen.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**  
**DER BUNDESKANZLER**

Berlin, den 19. Mai 2004

An den  
Präsidenten des  
Deutschen Bundestages  
Herrn Wolfgang Thierse  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 8. Juli 2003 zwischen  
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen  
Regierung über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.

Der Bundesrat hat in seiner 799. Sitzung am 14. Mai 2004 gemäß Artikel 76  
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus  
Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist  
in der als Anlage 3 beigelegten Gegenäußerung dargelegt.

Mit freundlichen Grüßen





**Entwurf****Gesetz  
zu dem Abkommen vom 8. Juli 2003  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der mazedonischen Regierung über Soziale Sicherheit****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Folgenden in Skopje am 8. Juli 2003 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über Soziale Sicherheit,
2. der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 8. Juli 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über Soziale Sicherheit.

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens sowie Änderungen der in Artikel 1 Nr. 2 genannten Durchführungsvereinbarung in Kraft zu setzen. Im Übrigen wird die Bundesregierung ermächtigt, die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 28 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geldleistungen,
4. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 28 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen,
5. die gegenseitige Umrechnung von Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten.

**Artikel 3**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen das Abkommen nach seinem Artikel 44 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 13 Abs. 1 in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

## **Begründung zum Vertragsgesetz**

### **Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich die Übereinkünfte auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit den Übereinkünften das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

### **Zu Artikel 2**

Durch diese Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um andere innerstaatliche Regelungen handeln.

### **Zu Artikel 3**

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 44 und die Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens nach ihrem Artikel 13 Abs. 1 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

### **Schlussbemerkung**

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet. Für den Bund ergeben sich im Vergleich zur bisherigen Rechtslage keine zusätzlichen finanziellen Auswirkungen.

Mit Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, ist nicht zu rechnen.

Das Gesetz wurde unter dem Aspekt des Gender Mainstreaming auf seine Geschlechterrelevanz überprüft. Gleichstellungspolitische Aspekte werden nicht angesprochen. Frauen und Männer sind von dem Gesetz nicht unterschiedlich betroffen.

Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der mazedonischen Regierung über Soziale Sicherheit

Договор  
меѓу Владата на Сојузна Република  
Германија и Македонската Влада  
за социјално осигурување

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die mazedonische Regierung –

Владата на Сојузна Република Германија  
и  
Македонската Влада

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen  
Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

со желба да ги регулираат своите односи во областа на  
социјалното осигурување,

се спогодија за следново:

**Abschnitt I**

**Allgemeine Bestimmungen**

**Artikel 1**

**Begriffsbestimmungen**

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe

1. „Staatsangehöriger“  
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland  
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,  
in Bezug auf die mazedonische Seite  
einen mazedonischen Staatsangehörigen im Sinne des mazedonischen Staatsangehörigkeitsgesetzes;
2. „Rechtsvorschriften“  
die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstigen allgemein rechtsetzenden Akte, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) jeweils erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;
3. „zuständige Behörde“  
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland  
das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung,  
in Bezug auf die mazedonische Seite  
das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik sowie das Ministerium für Gesundheit;
4. „Träger“  
die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens (Artikel 2 Absatz 1) erfassten Rechtsvorschriften obliegt;
5. „zuständiger Träger“  
den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;
6. „Beschäftigung“  
eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
7. „Versicherungszeiten“

**Дел I**

**Општи одредби**

**Член 1**

**Дефиниции на поимите**

(1) Во овој Договор поимите значат:

1. „државјанин“  
во однос на Сојузна Република Германија  
означува Германец според Основниот закон за Сојузна Република Германија,  
во однос на македонската страна  
означува македонски државјанин според македонскиот Закон за државјанство;
2. „правни прописи“  
ги означува законите, уредбите, статутите и другите општи правни акти кои се однесуваат на гранките и системите на социјалното осигурување опфатени со правните прописи на кои се однесува овој Договор (член 2 став 1);
3. „надлежен орган“  
во однос на Сојузна Република Германија  
го означува Сојузното министерство за здравство и социјално осигурување,  
во однос на македонската страна  
ги означува Министерството за труд и социјална политика и Министерството за здравство;
4. „носител“  
ја означува установата или органот задолжен да ги спроведува правните прописи на кои се однесува овој Договор (член 2 став 1);
5. „надлежен носител“  
го означува носителот којшто е надлежен според правните прописи кои се применуваат;
6. „вработување“  
означува вработување или дејност во смисла на правните прописи кои се применуваат;
7. „периоди на осигурување“

Beitragszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;

8. „Rente“ oder „Geldleistung“

eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen;

9. „Leistung“

eine Geld- oder Sachleistung.

(2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei haben.

## Artikel 2

### Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich auf

1. die deutschen Rechtsvorschriften über

- die Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit sie die Erbringung von Geld- und Sachleistungen durch die Träger der Krankenversicherung zum Gegenstand haben,
- die Unfallversicherung,
- die Rentenversicherung,
- die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
- die Alterssicherung der Landwirte;

2. die mazedonischen Rechtsvorschriften über

- die Gesundheitsversicherung einschließlich der Versicherung für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten,
- die Renten- und Invalidenversicherung einschließlich der Versicherung für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

(2) Sind nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieser Vertragspartei bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt. Dies gilt nicht, soweit das andere Abkommen oder das überstaatliche Recht Versicherungslastregelungen enthalten, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last einer der beiden Vertragsparteien übergegangen oder aus deren Last abgegeben worden sind.

## Artikel 3

### Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für folgende Personen, für die die Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien gelten oder galten:

1. als unmittelbar erfasste Personen

- Staatsangehörige einer Vertragspartei,
- Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
- Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen,

2. als mittelbar erfasste Personen

andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen einer Vertragspartei, einem Flüchtling oder einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten,

gi означува периодите на платени придонеси коишто се определени како такви со правните прописи според кои се навршени, како и други периоди признати според овие правни прописи, кои се земаат предвид;

8. „пензија“ или „парично давање“

означуваат пензија или друго парично давање, вклучувајќи ги сите додатоци, доплати и зголемувања;

9. „давање“

означува парично или материјално давање.

(2) Другите поими го имаат значењето што го имаат според правните прописи кои се применуваат во соодветната договорна страна.

## Член 2

### Правни прописи на кои се однесува Договорот

(1) Овој Договор се однесува на

1. германските правни прописи за

- здравствено осигурување, како и за заштита на вработената мајка, доколку нивниот предмет е пружањето на парични и материјални давања од страна на носителите на здравственото осигурување,
- осигурување за случај на повреда на работа,
- пензиско осигурување,
- дополнително рударско осигурување,
- старосно осигурување на земјоделците;

2. македонските правни прописи за

- здравствено осигурување, вклучувајќи го и осигурувањето за случај на повреда на работа или професионална болест,
- пензиско и инвалидско осигурување, вклучувајќи го осигурувањето за повреда на работа или професионална болест.

(2) Ако според правните прописи на една од договорните страни се исполнети, освен условите за примена на овој Договор, и условите за примена на друг договор или на меѓународна регулатива, носителот на таа договорна страна при примената на овој Договор нема да го земе предвид другиот договор или меѓународната регулатива. Ова не важи ако другиот договор, односно меѓународната регулатива содржи одредби за регулирање на товарот на осигурување според кои периодите на осигурување конечно преминале на товар на една од договорните страни или се изземени од нејзиниот товар.

## Член 3

### Лица на кои се однесува Договорот

Овој Договор се однесува на следниве лица за коишто важат или важеле правните прописи на една од договорните страни:

1. како непосредно опфатени лица

- државјани на една од договорните страни,
- бегалци во смисла на член 1 од Конвенцијата за правната положба на бегалците од 28 јули 1951 година и Протоколот кон неведената Конвенција од 31 јануари 1967 година,
- лица без државјанство во смисла на член 1 од Конвенцијата за правната положба на лицата без државјанство од 28 септември 1954 година,

2. како посредно опфатени лица

други лица во поглед на правата што ги изведуваат од државјанин на една од договорните страни, од бегалец или од лице без државјанство во смисла на овој член,

## 3. als Drittstaatsangehörige

Staatsangehörige eines anderen Staats als dem einer Vertragspartei, soweit sie nicht zu den mittelbar erfassten Personen gehören.

**Artikel 4****Gleichbehandlung**

(1) Die vom persönlichen Geltungsbereich unmittelbar oder mittelbar erfassten Personen (Artikel 3), die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei aufhalten, stehen bei Anwendung der Rechtsvorschriften einer Vertragspartei deren Staatsangehörigen gleich.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei werden den Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei, die sich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen der ersten Vertragspartei.

**Artikel 5****Gleichstellung der Hoheitsgebiete**

Die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, das Erbringen von Leistungen oder die Zahlung von Geldleistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt oder Wohnsitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei abhängen, gelten nicht für die unmittelbar und mittelbar erfassten Personen (Artikel 3), die im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder Wohnsitz haben. Dies gilt entsprechend für alle übrigen vom persönlichen Geltungsbereich des Abkommens erfassten Personen (Drittstaatsangehörige), soweit es sich nicht um die Zahlung von Renten oder einmaligen Geldleistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung, Rentenversicherung, die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte sowie um die Zahlung von Renten nach den mazedonischen Rechtsvorschriften über die Renten- und Invalidenversicherung einschließlich der Versicherung für Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten handelt.

**Artikel 6****Versicherungspflicht von Arbeitnehmern**

Die Versicherungspflicht von Arbeitnehmern richtet sich nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie beschäftigt sind; dies gilt auch, wenn sich der Arbeitgeber im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befindet.

**Artikel 7****Versicherungspflicht bei Entsendung**

Wird ein Arbeitnehmer, der im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten in Bezug auf diese Beschäftigung während der ersten 24 Kalendermonate allein die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei über die Versicherungspflicht so weiter, als wäre er noch in deren Hoheitsgebiet beschäftigt.

**Artikel 8****Versicherungspflicht von Beschäftigten auf Seeschiffen**

(1) Für die an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge einer der beiden Vertragsparteien führt, beschäftigten Personen gelten die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht dieser Vertragspartei.

## 3. како државјанин на трета држава

државјанин на друга држава освен договорните страни, доколку не спаѓаат во посредно опфатените лица.

**Член 4****Еднаков третман**

(1) Непосредно или посредно опфатените лица на кои се однесува овој Договор (член 3) коишто вообичаено престојуваат на територијата на една од договорните страни, при примената на правните прописи на една од договорните страни, се изедначени со нејзините државјани.

(2) Давањата според правните прописи на едната договорна страна ќе им се пружаат на државјаните на другата договорна страна коишто вообичаено престојуваат надвор од териториите на договорните страни, под истите услови како и на државјаните на првата договорна страна коишто вообичаено престојуваат таму.

**Член 5****Изедначеност на териториите**

Правните прописи на едната договорна страна според кои се остваруваат права на давања, пружањето на давања или исплатата на паричните давања условено со вообичаениот престој или местото на живеење на територијата на таа договорна страна, не важат за непосредно и посредно опфатените лица (член 3) коишто својот вообичаен престој или место на живеење го имаат на територијата на другата договорна страна. Ова важи соодветно за сите останати лица на кои се однесува овој Договор (државјани на трета држава), доколку не се работи за исплата на пензии или на еднократни парични давања според германските правни прописи за осигурување за случај на повреда на работа, за пензиско осигурување, за дополнително рударско осигурување и за старосно осигурување на земјоделците, како и за исплата на пензиите остварени според македонските правни прописи од пензиското и инвалидското осигурување, вклучувајќи го осигурувањето за повреда на работа и професионална болест.

**Член 6****Обврска за осигурување на работниците**

Обврската за осигурување на работниците се определува според правните прописи на оваа договорна страна на чијашто територија тие се вработени: тоа важи и тогаш кога работодавецот се наоѓа на територијата на другата договорна страна.

**Член 7****Обврска за осигурување при испраќање во странство**

Ако работник којшто е вработен на територијата на едната договорна страна биде испратен од својот работодавец на територијата на другата договорна страна во рамките на тој работен однос, за да врши таму некоја работа за тој работодавец, за тој работен однос за време на првите 24 календарски месеци и понатаму важат исклучиво правните прописи на првата договорна страна за обврска за осигурување, како работникот сè уште да е вработен на нејзината територија.

**Член 8****Обврска за осигурување лица вработени на морски бродови**

(1) За лицата вработени на морски брод којшто плови под знамето на една од двете договорни страни, важат правните прописи на таа договорна страна за обврската за осигурување.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge der anderen Vertragspartei führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei hat und nicht Eigentümer des Schiffs ist, so gelten in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei, als wäre er in deren Hoheitsgebiet beschäftigt.

#### Artikel 9

##### Versicherungspflicht anderer Personen

Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens (Artikel 2) bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

#### Artikel 10

##### Versicherungspflicht von Beschäftigten bei diplomatischen und konsularischen Vertretungen

(1) Wird ein Staatsangehöriger einer Vertragspartei von dieser oder von einem Mitglied oder einem Bediensteten einer diplomatischen oder konsularischen Vertretung dieser Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei so, als wäre er dort beschäftigt.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsland aufgehalten, so kann er binnen sechs Monaten nach Beginn der Beschäftigung in Bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungslands wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung an.

(3) Beschäftigt die diplomatische oder konsularische Vertretung einer der Vertragsparteien Personen, für die die Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei gelten, so hat die Vertretung die Verpflichtungen eines Arbeitgebers nach diesen Rechtsvorschriften einzuhalten.

#### Artikel 11

##### Ausnahmen von den Bestimmungen über die Versicherungspflicht

Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag einer Person im Sinne des Artikels 9 können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die Versicherungspflicht abweichen unter der Voraussetzung, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Hierbei sind die Art und die Umstände der Beschäftigung zu berücksichtigen.

#### Artikel 12

##### Zusammentreffen von Leistungen

(1) Die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei über das Nichtbestehen oder die Einschränkung eines Leistungsanspruchs oder einer Leistung beim Zusammentreffen mit anderen Leistungsansprüchen oder anderen Leistungen oder sonstigen Einkünften werden auch in Bezug auf vergleichbare Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei ergeben. Hätte dies zur Folge, dass beide Leistungen eingeschränkt werden, so sind sie jeweils um die Hälfte des Betrags zu mindern, um den sie nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, nach denen der Anspruch besteht, zu mindern wären.

(2) Ако работникот којшто обично престојува на територијата на едната договорна страна, бидејќи привремено вработен на морски брод што плови под знамето на другата договорна страна, од работодавец чиешто седиште е на територијата на првата договорна страна и којшто не е сопственик на бродот, во однос на обврската за осигурување важат правните прописи на првата договорна страна, како лицето да е вработено на нејзината територија.

#### Член 9

##### Обврска за осигурување на други лица

Одредбите на овој Договор за обврската за осигурување важат соодветно и за лицата кои не се вработени, но врз кои се применуваат правните прописи на кои се однесува овој Договор (член 2).

#### Член 10

##### Обврска за осигурување на вработените во дипломатските или конзуларните претставништва

(1) Ако државјанин на едната договорна страна бидејќи вработен од неа или од член или службеник на дипломатското или конзуларното претставништво на таа договорна страна на територијата на другата договорна страна, тогаш за времетраењето на тоа вработување во поглед на обврската за осигурување важат правните прописи на првата договорна страна, како да е работникот вработен таму.

(2) Ако работникот наведен во став 1 пред почетокот на вработувањето вообичаено престојувал во земјата на вработувањето, тогаш во рок од шест месеци од почетокот на вработувањето тој може да ја избере примената на правните прописи на земјата на вработувањето во поглед на обврската за осигурување. За изборот треба да се извести работодавецот. Избраните правни прописи важат од денот на известувањето.

(3) Ако дипломатското или конзуларното претставништво на една од договорните страни вработи лица за кои важат правните прописи на другата договорна страна, тогаш претставништвото мора да ги почитува обврските за работодавецот според тие правни прописи.

#### Член 11

##### Исклучоци од одредбите за обврската за осигурување

По заедничко барање на работникот и на работодавецот или по барање на лице според член 9, надлежните органи на договорните страни или органите определени од нив можат, во заедна согласност, да отстапат од одредбите на овој Договор за обврската за осигурување, под услов за заинтересираното лице и понатаму да се применуваат или да почнат да се применуваат правните прописи на една од договорните страни. Притоа треба да се води сметка за видот и за околностите за вработувањето.

#### Член 12

##### Преклопување на давања

(1) Правните прописи на едната договорна страна за непостоење или ограничување на правото на давање или на давање при преклопување со други права на давања, или други давања или други приходи, ќе се применуваат и во однос на соодветни фактички состојби коишто произлегуваат од примената на правните прописи на другата договорна страна. Кога тоа би имало за последица да се ограничат двете давања, тогаш давањата ќе се намалат соодветно за половината од износот за кој тие би требало да се намалат според правните прописи на договорната страна според кои постои правото.

(2) Die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei über das Nichtbestehen des Leistungsanspruchs oder die Einschränkung der Leistung, solange eine Beschäftigung oder eine bestimmte Beschäftigung ausgeübt wird oder eine Pflichtversicherung in der Rentenversicherung besteht, werden auch in Bezug auf vergleichbare Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei oder in deren Hoheitsgebiet ergeben.

## Abschnitt II

### Besondere Bestimmungen

#### Kapitel 1

#### Krankenversicherung und Mutterschaft

#### Artikel 13

##### Zusammenrechnung von Versicherungszeiten

Für die Versicherungspflicht, das Recht auf freiwillige Versicherung, für den Leistungsanspruch und für die Dauer der Leistung bei Krankheit oder Mutterschaft nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei werden die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien zurückgelegten entsprechenden Versicherungszeiten und Leistungszeiten erforderlichenfalls zusammengerechnet, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

#### Artikel 14

##### Versicherung von Familienangehörigen

Bei Anwendung der Rechtsvorschriften über die Versicherung der Familienangehörigen steht der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei dem Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gleich.

#### Artikel 15

##### Freiwillige Versicherung

(1) Verlegt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei versichert war, den Wohnsitz oder den gewöhnlichen Aufenthalt in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so kann sie, soweit deren Rechtsvorschriften dies vorsehen, der Versicherung dieser Vertragspartei nach den dort geltenden Rechtsvorschriften freiwillig beitreten, wenn für diese Person zu irgendeiner Zeit die Rechtsvorschriften der zweiten Vertragspartei gegolten haben. Dabei steht dem Ausscheiden aus einer Pflichtversicherung das Ausscheiden aus einer freiwilligen Versicherung gleich. Die Versicherung wird durchgeführt

in der Bundesrepublik Deutschland

von einer vom Versicherten zu wählenden Krankenkasse, soweit sich aus den deutschen Rechtsvorschriften nichts anderes ergibt,

in Bezug auf die mazedonische Seite

von dem mazedonischen Gesundheitsversicherungsfonds.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Personen, deren Recht auf freiwillige Versicherung sich von der Versicherung einer anderen Person ableitet.

#### Artikel 16

##### Gleichstellung der Hoheitsgebiete bei Krankheit und Mutterschaft

(1) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) gilt für eine Person,

1. die, nachdem der Versicherungsfall eingetreten ist, ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt oder ihren

(2) Правните прописи на едната договорна страна за непостоење на правото на давање или за ограничување на давање за време на вработување или на некое одредено вработување, односно за време на постоење на задолжително пензиско осигурување, ќе се применуваат и во однос на соодветни фактички состојби коишто произлегуваат од примената на правните прописи на другата договорна страна или на нејзината територија.

## Дел II

### Посебни одредби

#### Глава 1

#### Здравствено осигурување и мајчинство

#### Член 13

##### Собирање на периоди на осигурување

За утврдување на обврската за осигурување, на правото на доброволно осигурување, на правото на давање и на времетраењето на давањето во случај на болест или мајчинство според правните прописи на една од договорните страни, по потреба ќе се собираат соодветните периоди на осигурување и периодите на примање давања навршени според правните прописи на двете договорни страни, освен ако се однесуваат на истиот период.

#### Член 14

##### Осигурување на членови на семејството

При примената на правните прописи за осигурување на членовите на семејството, местото на живеење или вообичаениот престој на територијата на едната договорна страна е изедначено со местото на живеење или вообичаениот престој на територијата на другата договорна страна.

#### Член 15

##### Доброволно осигурување

(1) Ако лице кое било осигурено според правните прописи на едната договорна страна го промени своето место на живеење или својот вообичаен престој на територијата на другата договорна страна, тоа може, доколку тоа го предвидуваат нејзините правни прописи, доброволно да му пристапи на осигурувањето на таа договорна страна според таму важечките правни прописи, ако за тоа лице било кога важеле правните прописи на втората договорна страна. Притоа истапувањето од задолжителното осигурување е изедначено со истапувањето од доброволното осигурување. Осигурувањето се реализира во Сојузна Република Германија

од страна на здравствената каса по избор на осигуреникот, освен ако германските правни прописи одредуваат поинаку,

во однос на македонската страна

од страна на Фондот за здравствено осигурување на Македонија.

(2) Став 1 важи соодветно и за лицата чиешто право на доброволно осигурување се изведува од осигурувањето на друго лице.

#### Член 16

##### Издначеност на териториите во случај на болест и мајчинство

(1) Одредбата за издначеност на териториите (член 5) важи за лице

1. кое, по настапувањето на осигурениот случај, ќе го промени својот вообичаен или привремен престој или место

Wohnsitz in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger dieser Verlegung vorher zugestimmt hat;

2. bei der der Versicherungsfall während des vorübergehenden Aufenthalts im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingetreten ist, nur, wenn sie wegen ihres Zustands sofort Sachleistungen benötigt;
3. bei der der Versicherungsfall nach dem Ausscheiden aus der Versicherung eingetreten ist, nur, wenn sich die Person in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei begeben hat, um dort eine ihr angebotene Beschäftigung anzunehmen.

(2) Die Zustimmung nach Absatz 1 Nummer 1 kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldigen Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat oder nicht einholen konnte.

(3) Sofort benötigte Sachleistungen im Sinne des Absatzes 1 sind alle Leistungen, die bis zur beabsichtigten Rückkehr an den Ort des Wohnsitzes oder gewöhnlichen Aufenthalts nicht aufgeschoben werden können. Die Entscheidung über die sofortige Notwendigkeit trifft der Träger des Aufenthaltsortes.

(4) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) gilt nicht für eine Person, solange für sie Leistungen nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie sich gewöhnlich oder vorübergehend aufhält oder wohnt, beansprucht werden können.

(5) Absatz 1 Nummern 1 und 2 gilt nicht für Leistungen bei Mutterschaft.

#### Artikel 17

##### Sachleistungsaushilfe

(1) Bei Anwendung der Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) sind die Sachleistungen

in der Bundesrepublik Deutschland

von einer vom Anspruchsberechtigten zu wählenden Krankenkasse am Aufenthaltsort,

in Bezug auf die mazedonische Seite

von dem mazedonischen Gesundheitsversicherungsfonds zu erbringen.

(2) Für die Erbringung der Sachleistungen gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften; für die Dauer der Sachleistungen, den Kreis der zu berücksichtigenden Angehörigen sowie für das Verfahren über Streitigkeiten darüber gelten jedoch die für den zuständigen Träger maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Für die im mazedonischen Hoheitsgebiet wohnenden Angehörigen der Versicherten der deutschen Träger der Krankenversicherung und für die im mazedonischen Hoheitsgebiet wohnenden Personen, die gemäß Artikel 18 Absatz 3 bei den deutschen Trägern der Krankenversicherung versichert sind, gelten hinsichtlich des Kreises der zu berücksichtigenden Angehörigen und hinsichtlich der Dauer, für die Sachleistungen zu erbringen sind, die Rechtsvorschriften des mazedonischen Trägers. Dies gilt nur für den Fall, dass die Kosten für Sachleistungen nach Pauschbeträgen je Familie zu erstatten sind.

(4) Körperersatzstücke und andere Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung werden außer in Fällen unbedingter Dringlichkeit nur erbracht, soweit der zuständige Träger zustimmt. Unbedingte Dringlichkeit ist gegeben, wenn die Leistung nicht aufgeschoben werden kann, ohne das Leben oder die Gesundheit der Person ernstlich zu gefährden. Die Zustimmung ist nicht erforderlich, wenn dem Träger des Aufenthaltsorts die Kosten für Sachleistungen pauschal erstattet werden.

(5) Personen und Stellen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für

на живеење на територијата на другата договорна страна, само во случај ако надлежниот носител претходно дал согласност за оваа промена;

2. кај кое осигурениот случај настапил за време на привремен престој на територијата на другата договорна страна, само во случај ако состојбата на ваквото лице бара неопходно пружање на материјални давања;
3. кај кое осигурениот случај настапил по истапувањето од осигурувањето, само во случај ако лицето отишло на територијата на другата договорна страна за таму да прифати понудено вработување.

(2) Согласноста според став 1 точка 1 може да биде дадена дополнително ако лицето од оправдани причини претходно не прибавило или не можело да прибави согласност.

(3) Итно потребни материјални давања во смисла на став 1 се сите давања чиешто пружање не може да се одложи до планираното враќање до местото на живеење или вообичаен престој. Одлуката за итна потреба ја донесува носителот во местото на престој.

(4) Одредбата за изедначеност на териториите (член 5) не важи за лице, додека за него може да се бараат давања според правните прописи на договорната страна на чијашто територија лицето престојува вообичаено или привремено или живее.

(5) Став 1 точки 1 и 2 не важат за давањата во случај на мајчинство.

#### Член 17

##### Помош при пружање на материјални давања

(1) При примената на одредбата за изедначеност на териториите (член 5) материјалните давања се пружаат

во Сојузна Република Германија

од страна на здравствена каса во местото на престој по избор на корисникот,

во однос на македонската страна

од Фондот за здравствено осигурување на Македонија.

(2) За пружањето на материјалните давања важат меродавните правни прописи за носителот во местото на престој, а за времетраењето на материјалните давања и за кругот на членовите на семејството што се земаат предвид, како и за постапки во случај на спор во врска со тоа, важат меродавните правни прописи за надлежниот носител.

(3) За членовите на семејствата на осигурениците на германските носители на здравствено осигурување, коишто живеат на македонска територија, како и за лицата кои живеат на македонска територија, а кои се осигурени според член 18 став 3 кај германските носители на здравствено осигурување, во поглед на кругот на членовите на семејството кои се земаат предвид и во поглед на времетраењето на пружањето на материјалните давања се применуваат правните прописи на македонскиот носител. Ова важи само во случај ако трошоците за материјални давања се надоместуваат во вид на паушални износи за семејство.

(4) Протези и други материјални давања со поголемо финансиско значење освен во случаи на безусловна итност, се пружаат само ако надлежниот носител даде согласност. Безусловна итност постои ако пружањето на давањето не може да се одложи, без сериозно да се загрози животот или здравјето на лицето. Согласност не е потребна ако на носителот на местото на престојот трошоците за материјални давања му се надоместуваат паушално.

(5) Лицата и службите кои склучиле договори со носителите наведени во став 1 за пружање на материјални давања

die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen auch für die vom persönlichen Geltungsbereich des Abkommens (Artikel 3) erfassten Personen zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, als ob diese Personen bei den Trägern des Aufenthaltsorts (Absatz 1) versichert oder Angehörige solcher Versicherten wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

#### Artikel 18

##### Krankenversicherung der Rentner

(1) Auf eine Person, die aus den Rentenversicherungen bei der Vertragsparteien Rente bezieht oder diese beantragt hat, werden unbeschadet des Absatzes 2 die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner der Vertragspartei angewendet, in deren Hoheitsgebiet die betreffende Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder ihren Wohnsitz hat.

(2) Verlegt ein in Absatz 1 genannter Antragsteller oder Rentenempfänger seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder Wohnsitz in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so werden die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner der ersten Vertragspartei bis zum Ende des Monats nach dem Monat der Verlegung des gewöhnlichen Aufenthalts oder Wohnsitzes angewendet.

(3) Bezieht eine Person nur aus der Rentenversicherung einer Vertragspartei eine Rente oder hat sie nur eine Rente beantragt, so gilt die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) in Bezug auf die Versicherungspflicht nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner entsprechend.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, solange eine Person wegen Ausübung einer Beschäftigung nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder ihren Wohnsitz hat, für den Fall der Krankheit oder der Mutterschaft versichert ist.

#### Artikel 19

##### Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungsaushilfe (Artikel 17) aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, dass die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in einzelnen Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

#### Kapitel 2

##### Unfallversicherung (Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten)

#### Artikel 20

##### Berücksichtigung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten

(1) Sehen die Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vor, dass bei der Bemessung des Grads der Minderung der Erwerbsfähigkeit oder der Feststellung des Leistungsanspruchs infolge eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit im Sinne dieser Rechtsvorschriften auch andere Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei fallenden Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, als ob sie unter die Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Arbeitsunfällen und Berufskrank-

за осигурениците на тие носители и за членовите на нивните семејства, се должни да им пружат материјални давања и на лицата на кои се однесува овој Договор (член 3), и тоа под истите услови, како тие лица да се осигурени кај носителите во местото на престој (став 1) или да се членови на семејствата на таквите осигуреници, и како тие договори да ги опфаќаат и тие лица.

#### Член 18

##### Здравствено осигурување на пензионерите

(1) На лице кое користи или побарало пензија од пензиските осигурувања на двете договорни страни, се применуваат, без оглед на став 2, правните прописи за здравствено осигурување на пензионерите на онаа договорна страна на чија територија се наоѓа вообичаениот престој или местото на живеење на односното лице.

(2) Ако подносителот на барање или корисникот на пензија според став 1 го промени својот вообичаен престој или место на живеење на територијата на другата договорна страна, правните прописи за здравствено осигурување на пензионерите на првата договорна страна ќе се применуваат до крајот на месецот кој следи по месецот на промената на вообичаениот престој или местото на живеење.

(3) Ако лицето користи пензија само од пензиското осигурување на една од државите договорнички или побарало само една пензија, тогаш одредбата за изедначеност на териториите (член 5) важи соодветно и во однос на обврската за осигурување според правните прописи за здравствено осигурување на пензионерите.

(4) Одредбите на ставовите 1 до 3 не се применуваат додека лицето е осигурено за случај на болест или мајчинство поради вршење на работи според правните прописи на договорната страна на чијашто територија се наоѓа неговиот вообичаен престој или место на живеење.

#### Член 19

##### Надомест на трошоците за помош при пружање на материјални давања

(1) Надлежниот носител му ги надоместува на носителот во местото на престој потрошените износи за помош при пружање на материјални давања (член 17), со исклучок на административните трошоци.

(2) Надлежните органи можат, по предлог на заинтересираниите носители, да се договарат, заради административно поедноставнување, потрошените износи да се надоместуваат во сите случаи или во одделни групи на случаи во вид на пашални износи.

#### Глава 2

##### Осигурување за случај на повреда на работа и професионална болест

#### Член 20

##### Признавање на повреда на работа и професионална болест

(1) Ако правните прописи на едната договорна страна предвидуваат при утврдувањето на степенот на намалената способност за работа или при утврдувањето на правото на давање како последица на повреда на работа или професионална болест според тие правни прописи да се земаат предвид и други повреди на работа или професионални болести, тогаш тоа важи и за повредите на работа и професионалните болести кои подлежат на правните прописи на другата договорна страна, како тие да спаѓаат под правните прописи на првата договорна страна. Со повредите на работа и професионалните

heiten stehen solche gleich, die nach anderen Vorschriften als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des eingetretenen Versicherungsfalls zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall oder die Berufskrankheit eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

#### Artikel 21

##### Berücksichtigung gesundheitsgefährdender Beschäftigungen

(1) Für den Leistungsanspruch aufgrund einer Berufskrankheit berücksichtigt der Träger einer Vertragspartei auch Beschäftigungen, die bei Anwendung der Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen (gesundheitsgefährdende Beschäftigung). Besteht dabei nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien ein Leistungsanspruch, so werden die Sachleistungen und die Geldleistungen mit Ausnahme der Rente nur nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei erbracht, in deren Hoheitsgebiet die berechtigte Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder Wohnsitz hat. Besteht nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Anspruch auf Unfallrente, so hat der Träger nur den Teil zu erbringen, der dem Verhältnis der Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei Anwendung der Rechtsvorschriften der eigenen Vertragspartei zur Dauer der gesundheitsgefährdenden Beschäftigungen bei Anwendung der Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien entspricht.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Neufeststellung des Leistungsanspruchs aufgrund einer Verschlimmerung der Berufskrankheit. Beruht diese auf einer erneuten gesundheitsgefährdenden Beschäftigung, besteht ein Anspruch auf Unfallrente für die Verschlimmerung nur nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, unter deren Rechtsvorschriften diese Beschäftigung ausgeübt wurde.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Leistungen an Hinterbliebene.

#### Artikel 22

##### Gleichstellung der Hoheitsgebiete im Bereich der Unfallversicherung

(1) Die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) gilt in Bezug auf die Sachleistungen für eine Person, die während einer Heilbehandlung ihren gewöhnlichen oder vorübergehenden Aufenthalt oder ihren Wohnsitz in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei verlegt hat, nur, wenn der zuständige Träger dieser Verlegung vorher zugestimmt hat.

(2) Die Zustimmung kann nachträglich erteilt werden, wenn die Person aus entschuldigen Gründen die Zustimmung vorher nicht eingeholt hat oder nicht einholen konnte.

#### Artikel 23

##### Sachleistungsaushilfe

(1) Hat ein Träger der einen Vertragspartei einer Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Sachleistungen zu erbringen, so sind sie vom Träger des Aufenthaltsorts zu erbringen:

in der Bundesrepublik Deutschland

von dem Träger der deutschen Unfallversicherung, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach deutschen Rechtsvorschriften zu entscheiden wäre, oder von dem von der deutschen Verbindungsstelle bezeichneten Träger der Unfallversicherung,

in Bezug auf die mazedonische Seite

von dem mazedonischen Gesundheitsversicherungsfonds.

болести што мора да се земат предвид, се изедначуваат оние повреди коишто се признаваат според други прописи како повреди или други случаи што подлежат на обесштетување.

(2) Носителот надлежен за обесштетување на настанениот осигурен случај го утврдува своето давање според степенот на намалената способност за работа поради повредата на работа или професионалната болест којшто мора да го признае според правните прописи што важат за него.

#### Член 21

##### Земање предвид на работи штетни за здравјето

(1) За правото на давање поради професионална болест, носителот на едната договорна страна ги зема предвид и работите вршени според правните прописи на другата договорна страна и кои по својата природа можеле да ја предизвикаат таа болест (работа штетна за здравјето). Ако притоа според правните прописи на двете договорни страни постои право на давање, тогаш материјалните давања и паричните давања, со исклучок на пензија поради повреда, ќе се пружаат само според правните прописи на онаа договорна страна на чијашто територија корисникот вообичаено престојува или живее. Ако според правните прописи на една договорна страна постои право на пензија поради повреда, тогаш носителот е должен да го исплатува само оној дел кој му одговара на соодносот на времетраењето на работите штетни за здравјето според правните прописи на сопствената договорна страна во однос на времетраењето на работите штетни за здравјето според правните прописи на двете договорни страни.

(2) Став 1 важи и за повторно утврдување на правото на давање поради влошување на професионалната болест. Ако тоа влошување се должи на повторна работа штетна за здравјето, тогаш правото на пензија поради влошувањето постои само според правните прописи на онаа договорна страна според чишто правни прописи е вршена таа работа.

(3) Ставовите 1 и 2 важат и за давање за семејството на починато лице.

#### Член 22

##### Издначеност на териториите во поглед на осигурувањето за случај на повреда на работа

(1) Одредбата за издначеност на териториите (член 5) важи во поглед на материјални давања за лице коешто за време на лекување го промени местото во кое вообичаено престојува или живее на територијата на другата договорна страна, само ако надлежниот носител претходно дал согласност за оваа промена.

(2) Согласноста може да биде дадена дополнително ако лицето од оправдани причини претходно не прибавило или не можело да прибави согласност.

#### Член 23

##### Помош при пружање на материјални давања

(1) Ако носител од едната договорна страна е должен да му пружа материјални давања на лице на територијата на другата договорна страна, тие давања се пружаат од страна на носителот во местото на престој:

во Сојузна Република Германија

од страна на носителот на германското осигурување за случај на повреда на работа којшто би бил надлежен кога би се одлучувало за правото на давање според германските правни прописи, или од страна на носителот на осигурувањето за случај на повреда на работа определен од германскиот орган за врска,

во однос на македонската страна

од Фондот за здравствено осигурување на Македонија.

(2) Für Art und Weise und Umfang der Leistungserbringung gelten die für den Träger des Aufenthaltsorts maßgebenden Rechtsvorschriften.

(3) Artikel 17 Absätze 4 und 5 gilt entsprechend bei der Erbringung von Sachleistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten.

#### Artikel 24

##### Erstattung der Sachleistungsaushilfekosten

(1) Der zuständige Träger erstattet dem Träger des Aufenthaltsorts die für die Sachleistungsaushilfe (Artikel 23) im Einzelfall tatsächlich aufgewendeten Beträge mit Ausnahme der Verwaltungskosten.

(2) Die zuständigen Behörden können auf Vorschlag der beteiligten Träger vereinbaren, dass die aufgewendeten Beträge zur verwaltungsmäßigen Vereinfachung in allen Fällen oder in einzelnen Gruppen von Fällen durch Pauschbeträge erstattet werden.

#### Kapitel 3

##### Rentenversicherung

#### Artikel 25

##### Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden soweit erforderlich auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die für einen Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

(2) Setzt der Anspruch auf Leistungen bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur entsprechende Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei berücksichtigt.

(3) Das Ausmaß der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(4) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften der jeweiligen Vertragspartei, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

#### Artikel 26

##### Besonderheiten für den deutschen Träger

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten (Artikel 25 Absatz 1) gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung nach den deutschen Rechtsvorschriften im Ermessen eines Trägers liegt.

(3) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Vorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei oder entsprechende Tatbestände im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei berücksichtigt. Entsprechende Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrente oder Leistungen wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Unfallrenten) nach den mazedonischen Rechtsvorschriften gezahlt wurden, und Zeiten der Kindererziehung im mazedonischen Hoheitsgebiet.

(2) За начинот и обемот на пружањето на давањата важат правните прописи работодавни за носителот во местото на престој.

(3) Член 17 ставови 4 и 5 важи соодветно за пружање на материјални давања при повреда на работа и професионална болест.

#### Член 24

##### Надоместување на трошоците за помош при пружање на материјални давања

(1) Надлежниот носител му ги надоместува на носителот во местото на престојот вистински потрошените поединечни износи за помош при пружање на материјални давања (член 23), со исклучок на административните трошоци.

(2) Надлежните органи можат, по предлог на заинтересираниите носители, да се договорот, заради административно поедноставнување, потрошените износи да се надоместуваат во сите случаи или во одделни групи на случаи во вид на пашални износи.

#### Глава 3

##### Пензиско осигурување

#### Член 25

##### Собирање на периодите на осигурување и пресметување на пензиите

(1) За правото на давање, според правните прописи што се применуваат, ако е потребно се земаат предвид и периодите на осигурување кои се засметуваат за стекнување на право на давање според правните прописи на другата договорна страна, освен ако се однесуваат на истиот период.

(2) Ако е правото на давање условено со одредени периоди на осигурување, тогаш се земаат предвид само споредливи периоди на осигурување според правните прописи на другата договорна страна.

(3) Обемот на периодите на осигурување што се земаат предвид зависи од правните прописи на договорната страна според кои тие периоди се навршени.

(4) Пресметувањето на пензијата се определува според правните прописи што се применуваат во соодветната договорна страна, освен ако во овој Договор поинаку е определено.

#### Член 26

##### Особености кои се однесуваат на германскиот носител

(1) Основа за утврдување на личните платни бодови се платните бодови што произлегуваат од германските правни прописи.

(2) Одредбата за собирање на периодите на осигурување (член 25 став 1) важи соодветно и за давања чие спроведување зависи согласно германските правни прописи од одлуката на еден од носителите.

(3) Ако правото на давање според германските правни прописи е условено со тоа да се навршени определени периоди на осигурување во рамките на одреден временски период, и ако прописите понатаму предвидуваат тој временски период да се продолжува врз основа на одредени фактички состојби или периоди на осигурување, тогаш за продолжувањето ќе се земаат предвид и периодите на осигурување навршени според правните прописи на другата договорна страна или соодветни фактички состојби на територијата на другата договорна страна. Соодветни фактички состојби се периоди на користење на инвалидска или старосна пензија, давање поради болест, невработеност или повреда на работа (со исклучок на пензии заради повреда на работа) според македонските правни прописи, како и на периоди на одгледување деца на македонска територија.

(4) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten (Artikel 25 Absatz 1) zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur im tatsächlichen zeitlichen Ausmaß berücksichtigt.

(5) Ist die Befreiung von der Versicherungspflicht davon abhängig, dass eine bestimmte Zahl von Beiträgen entrichtet wurde, so werden die nach den mazedonischen Rechtsvorschriften anrechenbaren Beitragszeiten für die Entscheidung über die Versicherungsfreiheit berücksichtigt.

#### Artikel 27

##### Besonderheiten für den mazedonischen Träger

(1) Bei der Anwendung des Artikels 25 und des Absatzes 2 dieses Artikels berücksichtigt der mazedonische Träger die gesamten Versicherungszeiten, die nach den deutschen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Rente zu berücksichtigen sind.

(2) Bei Anwendung des Artikels 25 werden Leistungen von dem mazedonischen Träger wie folgt berechnet:

1. Zunächst wird der theoretische Betrag der Leistung berechnet, die zustehen würde, wenn alle nach Absatz 1 zusammengerechneten Zeiten nach den mazedonischen Rechtsvorschriften zurückgelegt wären;
2. danach wird der tatsächlich zustehende Betrag der Leistung festgestellt, indem der theoretische Betrag nach Nummer 1 auf das Verhältnis zwischen den nach den mazedonischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten und den nach Absatz 1 zusammengerechneten Versicherungszeiten zurückgeführt wird;
3. übersteigt die Gesamtdauer der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsparteien zurückgelegten und nach Absatz 1 zusammengerechneten Versicherungszeiten die nach den mazedonischen Rechtsvorschriften für die Bemessung des Betrags der Leistung festgestellte Höchstdauer, so hat der mazedonische Träger für die Bemessung der Leistung anstelle der zusammengerechneten Versicherungszeiten diese Höchstdauer zu berücksichtigen.

(3) Die Bestimmung des Absatzes 2 findet keine Anwendung, wenn die Feststellung der Höhe der Leistung ausschließlich aufgrund der mazedonischen Versicherungszeiten günstiger wäre.

#### Abschnitt III

##### Verschiedene Bestimmungen

#### Kapitel 1

##### Amtshilfe und Rechtshilfe

#### Artikel 28

##### Amts- und Rechtshilfe und ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern und Behörden der Vertragsparteien leisten einander bei Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich des Abkommens erfassten Rechtshilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Für die gegenseitige Rechts- und Amtshilfe der Gerichte der Vertragsparteien gilt Satz 1 entsprechend. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten werden jedoch von der ersuchenden Stelle erstattet.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der

(4) Периодите на осигурување коишто се земаат предвид според одредбата за собирање на периодите на осигурување (член 25 став 1) ќе се признаваат само во вистинското траење.

(5) Ако ослободувањето од обврската за осигурување зависи од одреден број уплатени придонеси, при донесувањето на одлуката за ослободување од обврската за осигурување ќе се земаат предвид периодите на уплатени придонеси засметани според македонските правни прописи.

#### Член 27

##### Особености кои се однесуваат на македонскиот носител

(1) Во примена на членот 25 и на став 2 од овој член, македонскиот носител ги зема предвид вкупните периоди на осигурување кои според германските правни прописи се земаат предвид за пресметување на пензијата.

(2) Во случаите на промена на членот 25 од овој Договор македонскиот носител го пресметува давањето на следниов начин:

1. Најпрво го пресметува теоретскиот износ на давање кое би припаѓало кога сите собрани периоди според став 1 би биле навршени според македонските правни прописи;
2. потоа го утврдува вистинскиот износ на давање кое припаѓа, така што теоретскиот износ под точка 1 го свеѓува на сооднос меѓу периодите на осигурување навршени според македонските правни прописи и вкупно собрани периоди на осигурување според став 1;
3. ако вкупното траење на периодите на осигурување навршени според правните прописи на двете договорни страни собрани според став 1 е подолго од најдолгото траење на периодите на осигурување определени според македонските правни прописи, за пресметување на износот на давањето, македонскиот носител го зема тоа најдолго траење наместо вкупно собрани периоди.

(3) Одредбата од став 2 нема да се применува ако е поповолно висината на давањето да се утврди исклучиво според македонските периоди на осигурување.

#### Дел III

##### Разни одредби

#### Глава 1

##### Административна и правна помош

#### Член 28

##### Административна и правна помош и лекарски прегледи

(1) Носителите, здруженијата на носителите и органите на државите договорнички си пружаат меѓусебна помош при спроведувањето на правните прописи на кои Договорот се однесува (член 2 став 1) и на овој Договор, како да ги применуваат сопствените правни прописи. Првата реченица важи соодветно и за меѓусебната правна и административна помош на судовите на договорните страни. Таа помош е бесплатна. Единствено службата што барала помош ги надоместува трошоците во пари со исклучок на поштарини.

(2) Првата реченица од став 1 важи и за лекарските прегледи. Трошоците за прегледите, патните трошоци, изгубената заработувачка, трошоците за сместување заради набљудување, како и за другите трошоци во пари освен пош-

Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsparteien liegt.

#### Artikel 29

##### Anerkennung vollstreckbarer Entscheidungen und Urkunden

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden einer Vertragspartei über Beiträge und sonstige Forderungen der sozialen Sicherheit werden im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) der Vertragspartei widerspricht, in deren Hoheitsgebiet die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Staat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muss mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

(4) Forderungen von Trägern im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei haben beim Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzverfahren im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei die gleichen Rechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei.

#### Artikel 30

##### Schadensersatzansprüche gegen Dritte

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingetreten ist, nach deren Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger der ersten Vertragspartei nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über; die andere Vertragspartei erkennt diesen Übergang an.

(2) Hat der Träger einer Vertragspartei nach deren Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt die andere Vertragspartei dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger der ersten Vertragspartei als auch einem Träger der anderen Vertragspartei zu, so macht der Träger der ersten Vertragspartei auf Antrag des Trägers der anderen Vertragspartei auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

(4) Soweit der Schadensersatzanspruch einer Person den Anspruch auf Ersatz von Beiträgen zur Sozialversicherung umfasst, geht auch dieser Ersatzanspruch auf den Leistungsträger der ersten Vertragspartei nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über.

#### Artikel 31

##### Gebühren und Befreiung von der Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf

тарината, ги надоместува носителот што побарал преглед. Трошоците нема да се надоместуваат ако лекарскиот преглед е во интерес на надлежните носители на двете договорни страни.

#### Член 29

##### Признавање на извршни одлуки и исправи

(1) Извршните одлуки на судовите, како и извршните исправи на носителите или на органите на едната договорна страна за придонеси и други побарувања од областа на социјалното осигурување се признаваат на територијата на другата договорна страна.

(2) Признавањето може да се одбие само во случај ако се коси со јавниот ред (*ordre public*) на договорната страна на чијашто територија треба да биде призната одлуката или исправата.

(3) Извршните одлуки и исправи признати според став 1 ќе се извршуваат на територијата на другата договорна страна. Извршната постапка ќе се води според правните прописи коишто важат на територијата на договорната страна на којашто треба да се спроведе извршување, за извршувањето на соодветните одлуки и исправи издадени во таа држава. Примерокот на одлуката или на исправата мора да носи потврда за извршност (клаузула за извршување).

(4) Побарувањата на носителите на територијата на едната договорна страна имаат при постапката за принудно извршување и стечај на територијата на другата договорна страна исти права како и соодветните побарувања на територијата на таа договорна страна.

#### Член 30

##### Права за надомест на штета од трети лица

(1) Ако лице, кое според правните прописи на едната договорна страна треба да добие давање за штета настаната на територијата на другата договорна страна, според нејзините прописи има право на надоместување на штета спрема трето лице, тогаш правото на обесштетување преминува на носителот од првата договорна страна според правните прописи кои важат за него; другата договорна страна го признава тој премин.

(2) Ако носителот од едната договорна страна има, според нејзините правни прописи, изворно право на надомест на штета од трето лице, другата договорна страна го признава тоа.

(3) Ако носителот од едната договорна страна и носител на другата договорна страна имаат право на надомест на штета во поглед на давање од ист вид за истиот случај на штета, тогаш носителот на едната договорна страна, по барање на носителот на другата договорна страна, ќе го истакне и неговото побарување за надомест на штета. Третото лице може со ослободително дејство да ги намира побарувањата на двајцата носители преку плаќање на едниот или на другиот носител. Во меѓусебниот однос носителите се должни да се намираат сразмерно со соодносот на давањата што мораат да ги пружат.

(4) Ако правото на некое лице на обесштетување го опфаќа правото на надоместување на придонеси за социјално осигурување, тогаш тоа право на надомест на штета преминува на носителот на давања од првата договорна страна, според правните прописи што важат за него.

#### Член 31

##### Такси и ослободување од службена заверка

(1) Ослободувањето од или намалувањето на даноци или такси, вклучувајќи ги конзуларните такси и административните давачки, предвидено според правните прописи на едната договорна страна за списи или исправи кои треба да се поднесат при примената на таквите правни прописи, се

die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften einer Vertragspartei (Artikel 2 Absatz 1) vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen der anderen Vertragspartei keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

#### Artikel 32

##### Zustellung und Verkehrssprachen

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsparteien können bei Durchführung dieses Abkommens und der von seinem sachlichen Geltungsbereich erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1) unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Satz 3 gilt auch für Urteile, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

(2) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsparteien dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache der anderen Vertragspartei abgefasst sind.

#### Artikel 33

##### Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei bei einer Stelle im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle der einen Vertragspartei, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle der anderen Vertragspartei weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften der einen Vertragspartei gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei erworbenen Ansprüche auf Leistungen bei Alter aufgeschoben wird.

#### Artikel 34

##### Vertretungsbefugnis der diplomatischen und konsularischen Vertretungen

Die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei sind berechtigt, auf Antrag der Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen des ersten Staats notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Sie können insbesondere bei den Trägern, Verbänden von Trägern, Behörden und Gerichten der anderen Vertragspartei im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben oder Rechtsbehelfe einbringen.

однесува и на соодветните списи и исправи кои треба да се поднесат при примената на овој Договор или на правните прописи на другата договорна страна на кои се однесува овој Договор (член 2 став 1).

(2) За исправи кои треба да се поднесат при примената на овој Договор или на правните прописи на едната договорна страна на кои се однесува овој Договор (член 2 став 1), при употреба пред органите на другата договорна страна не е потребна службена заверка или некоја слична формалност.

#### Член 32

##### Доставување и јазици за општење

(1) При спроведувањето на овој Договор и на правните прописи на кои се однесува тој (член 2 став 1), носителите, здруженијата на носителите, органите и судовите на договорните страни можат непосредно да општат меѓусебно и со заинтересираните лица и нивните застапници на своите службени јазици. Правните прописи за користењето на толкувачи важат и понатаму. Пресуди, решенија или други списи можат непосредно со препорачано писмо со повратница да му се достават на лице кое престојува на територијата на другата договорна страна. Третата реченица важи и за пресуди, решенија и други списи кои треба да се достават, а коишто се издаваат при спроведувањето на германскиот Закон за згрижување на жртвите од војната и на оние закони според кои истиот треба да се применува.

(2) Носителите, здруженијата на носителите, органите и судовите на договорните страни не смеат да одбијат поднесоци и исправи заради тоа што тие се напишани на службениот јазик на другата договорна страна.

#### Член 33

##### Издначување при поднесувањето на барања

(1) Ако барањето за давање според правните прописи на едната договорна страна биде поднесено во служба на територијата на другата договорна страна на која ѝ е дозволено примањето на барањето за соодветно давање според правните прописи коишто важат за неа, тогаш се смета дека барањето му е поднесено на надлежниот носител. Ова важи соодветно и за други барања, како и за изјави и правни средства.

(2) Службата на едната договорна страна, во која се поднесени барањата, изјавите и правните средства, е должна неодложно да ѝ ги препрати на надлежната служба на другата договорна страна.

(3) Барањето за давање според правните прописи на едната договорна страна важи и како барање за соодветно давање според правните прописи на другата договорна страна. Ова не важи ако подносителот побара изречно да биде одложено утврдувањето на правата на давање за случај на старост, стекнати според правните прописи на другата договорна страна.

#### Член 34

##### Овластување на дипломатските и конзуларните претставништва за застапување

Дипломатските и конзуларните претставништва на едната договорна страна на територијата на другата договорна страна имаат право, по барање на корисникот, да ги преземаат дејствата потребни за обезбедување и зачувување на правата на државјаните на првата држава, без да докажат дека се ополномоштени за тоа. Тие, посебно, можат, во интерес на државјаните, да поднесуваат барања, да даваат изјави или да вложуваат правни средства кај носителите, здруженијата на носителите, органите и судовите на другата договорна страна.

**Artikel 35****Datenschutz**

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jede Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften:

1. Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Der Empfängerstaat darf sie für diese Zwecke verarbeiten und nutzen. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Verarbeitung und Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfängerstaats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Dies verhindert jedoch nicht die Weiterübermittlung dieser Daten in Fällen, in denen hierzu nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften des Empfängerstaats für strafrechtlich geschützte Belange oder für steuerliche Zwecke eine Verpflichtung besteht. Im Übrigen darf die Weiterübermittlung an andere Stellen nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
2. Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen in Einzelfällen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Staats nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Sie ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, von deren Stelle die Auskunft begehrt wird.
5. Hat eine Stelle der einen Vertragspartei personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle der anderen Vertragspartei sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des nationalen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind. Leistet die empfangende Stelle Schadensersatz wegen eines Schadens, der durch die Verwendung von unrichtig übermittelten Daten verursacht wurde, so erstattet die übermittelnde Stelle der empfangenden Stelle den Gesamtbetrag des geleisteten Ersatzes.
6. Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten festzuhalten.
8. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, personenbezogene Daten, die übermittelt werden, wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

**Член 35****Заштита на податоците**

(1) Ако врз основа на овој Договор, според одредбите на националните правни прописи, бидат предадени лични податоци, ќе важат следниве одредби, со почитување на правните прописи кои важат за секоја договорна страна:

1. За спроведувањето на овој Договор и на правните прописи на кои се однесува тој, податоците смеат да им се предаваат на надлежните служби во државата-примач. Државата-примач смее да ги обработува и да ги користи за тие цели. Понатамошното предавање на тие податоци на други служби во државата-примач или нивната обработка и користење во државата-примач за други цели е допуштено во рамките на законодавството на државата-примач, ако тоа служи за потреби на социјалното осигурување, вклучувајќи и судски постапки во врска со тоа. Меѓутоа, тоа не го спречува понатамошното предавање на овие податоци во случаите во коишто спред законите и другите прописи на државата-примач за тоа постои обврска за потреби заштитено со кривичното право или за даночни намени. Инаку, понатамошното предавање на тие податоци на други служби се врши само со претходна согласност на службата-предавач.
2. Примачот ќе ја извести службата-предавач, по нејзино барање и во поединечни случаи, за користењето на предадените податоци и за резултатите постигнати со тоа.
3. Службата-предавач е должна да води грижа за точноста на предаваните податоци, како и за неопходноста и сразмерноста во однос на целта заради која се бара нивното предавање. Притоа треба да се почитуваат забраните за предавање на податоци кои важат според соодветното национално законодавство. Ако се покаже дека биле предадени неточни податоци или податоци кои, според законодавството на државата-предавач, не смееле да бидат предадени, тоа треба неодложно да ѝ се соопшти на службата-примач. Таа е должна да изврши нивна исправка или нивно уништување.
4. На засегнатото лице, по барање, му се дава известување за предадените податоци за него, како и за предвидената цел на нивното користење. Инаку, правото на засегнатото лице да добие известување за личните податоци што постојат за него му подлежи на националното законодавство на договорната страна од чијашто служба се бара известувањето.
5. Ако служба на едната договорна страна предала лични податоци врз основа на овој Договор, службата-примач на другата договорна страна не може, во рамките на својата одговорност според националното законодавство во однос на оштетеното лице, да се повикува на тоа дека предадените податоци биле неточни, за да се ослободи од својата одговорност. Ако службата-примач исплати надомест заради штета, причинета со користењето на неточно предадени податоци, службата-предавач ќе ѝ го надомести на службата-примач целокупниот износ на исплатената отштета.
6. Предадените лични податоци се уништуваат, штом ќе престанат да бидат потребни за целта за која се предадени, ако нема причини да се претпостави дека нивното уништување би загрозило интереси на засегнатото лице во областа на социјалното осигурување кои заслужуваат заштита.
7. Службата-предавач и службата-примач се должни да водат евиденција за предавањето и примањето на лични податоци.
8. Службата-предавач и службата-примач се должни ефикасно да ги штитат предадените лични податоци од неовластен достап, неовластена измена и неовластено објавување.

(2) Одредбите на став 1 важат соодветно и за производните и деловните тајни.

## Kapitel 2

Durchführung und  
Auslegung des Abkommens

## Artikel 36

Durchführung des  
Abkommens und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften (Artikel 2 Absatz 1).

(2) Zur Durchführung des Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

## 1. in der Bundesrepublik Deutschland

für die Krankenversicherung  
die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung - Ausland, Bonn,

für die Unfallversicherung  
die Deutsche Verbindungsstelle Unfallversicherung - Ausland, Sankt Augustin,

für die Rentenversicherung der Arbeiter  
die Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz, Landshut,

für die Rentenversicherung der Angestellten  
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung  
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung  
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

## 2. in Bezug auf die mazedonische Seite

für die Gesundheitsversicherung  
der mazedonische Gesundheitsversicherungsfonds, Skopje,

für die Renten- und Invalidenversicherung  
der mazedonische Fonds für Renten- und Invalidenversicherung, Skopje.

(3) Soweit die deutschen Rechtsvorschriften es nicht bereits vorschreiben, ist innerhalb der Rentenversicherung der Arbeiter die für diese eingerichtete Verbindungsstelle für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

1. Versicherungszeiten nach den deutschen und mazedonischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder
2. sonstige im mazedonischen Hoheitsgebiet zurückgelegte Zeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften über Fremrenten anzurechnen sind oder
3. der Berechtigte sich im mazedonischen Hoheitsgebiet gewöhnlich aufhält oder
4. der Berechtigte sich als mazedonischer Staatsangehöriger gewöhnlich außerhalb der Hoheitsgebiete der Vertragsparteien aufhält.

Dies gilt für Leistungen zur Rehabilitation nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(4) Die Zuständigkeit der Bahnversicherungsanstalt und der Seekasse nach den deutschen Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

(5) Die Verbindungsstellen und die in Absatz 4 genannten deutschen Träger werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Durchführung des Abkommens notwendigen und zweckmäßi-

## Глава 2

Спроведување и  
толкување на овој Договор

## Член 36

Спроведување на  
Договорот и органи за врска

(1) Владите или надлежните органи можат да склучуваат договори потребни за спроведувањето на овој Договор. Надлежните органи меѓусебно се известуваат за измени и дополнувања на правните прописи кои важат за нив и на кои се однесува овој Договор (член 2 став 1).

(2) За спроведувањето на овој Договор се одредуваат следниве органи за врска:

## 1. во Сојузна Република Германија

за здравственото осигурување  
Германскиот орган за врска „Здравствено осигурување - странство“, Бон

за осигурувањето за случај на повреда на работа  
Надлежниот орган за врска „Осигурување за случај на повреда на работа - странство“, Санкт Аугустин

за пензиското осигурување на работниците  
Покраинскиот завод за осигурување Долна Баварија-Горна Фалачка, Ландсхут

за пензиското осигурување на службениците  
Сојузниот завод за осигурување на службеници, Берлин

за рударското пензиско осигурување  
Сојузната рударска заедница, Бохум

за дополнителното рударско осигурување  
Покраинскиот завод за осигурување за Сарска област, Сарбрикен;

## 2. Во однос на македонската страна

за здравственото осигурување  
Фондот за здравствено осигурување на Македонија, Скопје

за пензиското и инвалидското осигурување  
Фондот за пензиското и инвалидското осигурување на Македонија, Скопје

(3) Ако германските правни прописи веќе тоа не го одредуваат, во рамките на пензиското осигурување на работниците органот за врска, одреден за тоа осигурување, е надлежен за сите постапки, вклучувајќи го утврдувањето и пружањето на давања, ако

1. се навршени или треба да се засметаат периоди на осигурување според германските и македонските правни прописи, или
2. според германските правни прописи за странски пензии треба да се засметаат и други периоди навршени на македонска територија, или
3. корисникот на правото вообичаено престојува на македонска територија, или
4. корисникот на правото како македонски државјанин вообичаено престојува надвор од териториите на договорните страни.

За рехабилитациски давања ова важи само во случај ако тие се пружаат во рамките на пензиска постапка во тек.

(4) Со ова не се засегнува надлежноста на Заводот за осигурување на железничарите и на Поморската каса според германските правни прописи.

(5) Органите за врска и германските носители наведени во став 4 добиваат овластување, со учество на надлежните органи во рамките на нивната надлежност, да ги договараат административните мерки потребни и целесообразни за

gen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen. Die Bestimmung des Absatzes 1 bleibt unberührt.

#### Artikel 37

##### Währung und Umrechnungskurse

Geldleistungen können von einem Träger einer Vertragspartei an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger der anderen Vertragspartei Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung der zweiten Vertragspartei zu leisten. Hat ein Träger in den Fällen der Artikel 29 und 30 an einen Träger der anderen Vertragspartei Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung der ersten Vertragspartei vorzunehmen.

#### Artikel 38

##### Erstattungen

(1) Hat der Träger einer Vertragspartei Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag bei der Zahlung einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Hat ein Träger der Kranken- oder Unfallversicherung einer Vertragspartei einem Leistungsempfänger einen höheren Betrag gezahlt als den, auf den dieser nach Anwendung der Bestimmungen über das Zusammentreffen von Leistungen (Artikel 12) Anspruch hat, so ist der zuviel gezahlte Betrag als Vorschuss des die Rente schuldenden Trägers der anderen Vertragspartei anzusehen und zugunsten des Trägers der ersten Vertragspartei einzubehalten. Soweit Rentennachzahlungen über eine Verbindungsstelle der Rentenversicherung im Wohnstaat des Berechtigten zu leisten sind, behält die mit der Auszahlung beauftragte Verbindungsstelle den zuviel gezahlten Betrag zugunsten des Trägers der Kranken- oder Unfallversicherung in den für diesen geltenden Bedingungen und Grenzen ein.

(3) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger der anderen Vertragspartei Leistungen erbracht worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im Hoheitsgebiet der ersten Vertragspartei. Die Pflicht zur Einbehaltung besteht nicht, soweit der Leistungsträger selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des Fürsorgeträgers Kenntnis erlangt hat.

#### Artikel 39

##### Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf die in Absatz 1 vorgesehene Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer Vertragspartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staats als Obmann einigen, der von beiden Vertragsparteien bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb

спроведувањето на овој Договор, вклучувајќи ја постапката за рефундирање и исплатување на парични давања. Со ова не се засегнува одредбата од став 1.

#### Член 37

##### Валута и пресметковен курс

Носителот на едната договорна страна, на лице коешто престојува на територијата на другата договорна страна, може со ослободително дејство да му пружа парични давања во својата валута. Во меѓусебните односи меѓу носителот и корисникот на правото, за пресметувањето меродавен е дневниот курс утврден како основа при испраќањето на паричното давање. Ако носителот треба да изврши исплати во корист на носителот од другата договорна страна, тие исплати ќе се вршат во валутата на втората договорна страна. Ако носителот треба да изврши исплати во корист на носител од другата договорна страна во случаите од членовите 29 и 30, тие исплати ќе се вршат во валутата на првата договорна страна.

#### Член 38

##### Надоместување на давања

(1) Ако носителот на едната договорна страна неосновано исплатил парични давања, тогаш при плаќањето на соодветно давање според правните прописи на другата договорна страна неосновано исплатениот износ може да биде задржан во корист на тој носител.

(2) Ако носителот на здравственото осигурување или на осигурувањето за случај на повреда на работа од едната договорна страна му исплатил на корисникот на давањето повисок износ од оној на кој тој има право според одредбите за поклопување на давања (член 12), тогаш преплатениот износ се смета за аконтација на носителот на другата договорна страна којшто ја должи пензијата и се задржува во корист на носителот од првата договорна страна. Ако треба да се исплатат заостанати износи на пензија преку органот за врска на пензиското осигурување во државата во која живее корисникот, тогаш органот за врска, овластен да ја изврши исплатата, ќе го задржи преплатениот износ во корист на носителот на здравственото осигурување или на осигурувањето за случај на повреда на работа под условите и во границите што важат за него.

(3) Ако некое лице според правните прописи на едната договорна страна има право на парично давање за период за кој лицето или членови на неговото семејство примило давања од страна на носител на социјална помош на другата договорна страна, тогаш тоа парично давање ќе се задржи по барање и во корист на носителот на социјална помош кој има право на надомест, како тој носител на социјална помош да има седиште на територијата на првата договорна страна. Обврската за задржување не постои ако носителот на давањето сам го пружил давањето, пред да дозволи да давањето од страна на носителот на социјална помош.

#### Член 39

##### Решавање на спорови

(1) Споровите меѓу двете договорни страни околу толкувањето или примената на овој Договор треба, доколку е можно, да се решаваат од надлежните органи.

(2) Ако некој спор не може да се реши на начинот предвиден во став 1, тогаш, по барање на една од договорните страни, тој ќе биде изнесен пред арбитражен суд.

(3) Арбитражниот суд се формира од случај до случај, со тоа што секоја договорна страна назначува по еден член, а двајцата членови спогодбено бираат државјанин на трета држава како претседавач, којшто ќе биде назначен од владите на двете договорни страни. Членовите се назначуваат

von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger einer Vertragspartei oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit aufgrund der zwischen den Vertragsparteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

#### Abschnitt IV

#### Übergangs- und Schlussbestimmungen

##### Artikel 40

##### Leistungsansprüche

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsparteien gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung des Abkommens nicht entgegen.

(4) Wird ein Antrag auf Feststellung einer Rente, auf die nur unter Berücksichtigung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von zwölf Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente mit dem Kalendermonat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens mit dem Inkrafttreten des Abkommens.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, werden unter dessen Berücksichtigung auf Antrag neu festgestellt, wenn sich allein aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der Höhe des bisherigen Zahlungsbetrags weiter zu erbringen.

##### Artikel 41

##### Fortgeltung von Versicherungslasten

(1) Der Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung findet im Verhältnis zwischen den dieses Abkommen schließenden Vertragsparteien weiter Anwendung.

(2) Die in Artikel 2 Buchstabe b des genannten Vertrags bezeichneten Verpflichtungen übernimmt der Träger der maze-

во рок од два месеца, а претседавачот во рок од три месеца, откако едната договорна страна ќе ја извести другата за тоа дека има намера да го изнесе спорот пред арбитражен суд.

(4) Ако не се почитуваат роковите наведени во став 3, во отсуство на друг договор, секоја договорна страна може да го замоли Претседателот на Европскиот суд за човекови права да ги изврши потребните назначувања. Доколку Претседателот на Европскиот суд за човекови права е државјанин на една од договорните страни или ако е спречен од друга причина, Потпретседателот треба да ги изврши назначувањата. Доколку и Потпретседателот е државјанин на една од договорните страни или ако и тој е спречен, тогаш назначувањата треба да ги изврши следниот по ранг член на Судот кој не е државјанин на ниту една од договорните страни.

(5) Арбитражниот суд одлучува со мнозинство гласови врз основа на постоечките договори меѓу договорните страни и врз основа на општото меѓународно право. Неговите одлуки се обврзувачки. Секоја договорна страна ги снесува трошоците за својот член, како и за своето застапување во постапката пред арбитражниот суд. Трошоците за претседавачот, како и останатите трошоци ги снесуваат договорните страни подеднакво. Арбитражниот суд може и на друг начин да го регулира плаќањето на трошоците. За сите други прашања арбитражниот суд сам ја уредува својата постапка.

#### Дел IV

#### Преодни и завршни одредби

##### Член 40

##### Права на давања

(1) Овој Договор не предвидува право на давања за времето пред неговото влегување во сила.

(2) При примената на овој Договор ќе се земаат предвид и значајните факти коишто постоеле според правните прописи на договорните страни пред неговото влегување во сила.

(3) Поранешни одлуки не претставуваат пречка за примената на овој Договор.

(4) Ако барање за утврдување на пензија, на која постои право само врз основа на овој Договор, биде поднесено во рок од дванаесет месеци по неговото влегување во сила, исплатата на пензијата ќе почне од календарскиот месец на чијшто почеток биле исполнети условите за стекнување на правото, но не порано од денот на влегувањето во сила на овој Договор.

(5) Пензиите коишто се утврдени пред влегувањето во сила на овој Договор, по барање, ќе бидат утврдени повторно, земајќи го предвид овој Договор, ако исклучиво врз основа на одредбите на овој Договор дојде до промена.

(6) Кога повторното утврдување според став 5 би довело до загуба на пензијата или до пониска пензија од онаа која што се исплатувала непосредно пред влегувањето во сила на овој Договор, тогаш пензијата ќе се исплатува и понатаму во висина на дотогашниот износ.

##### Член 41

##### Понатамошна важност на товарот на осигурување

(1) Договорот меѓу Сојузна Република Германија и Федеративна Народна Република Југославија за регулирање на извесни побарувања од социјалното осигурување од 10 март 1956 година ќе се применува и понатаму во односите меѓу договорните страни коишто го склучуваат овој Договор.

(2) Носителот на македонското социјално осигурување ги презема обврските наведени во член 2 буква б) од спомене-

donischen Sozialversicherung gegenüber den in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des genannten Vertrags bezeichneten ehemaligen jugoslawischen Staatsangehörigen nur,

1. sofern er unter Anwendung des Artikels 1 Absatz 1 Buchstabe b des genannten Vertrages bereits eine Rente zahlt; dies auch in Bezug auf eine Nachfolgerente oder
2. für Personen mit mazedonischer Staatsangehörigkeit oder
3. für Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines dritten Staats besitzen, mit Ausnahme einer Staatsangehörigkeit eines neuen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien entstandenen Staats, wenn sie am 1. Januar 1956 die mazedonische Republikstaatsangehörigkeit hatten.

#### Artikel 42

##### Außerkräfttreten von Übereinkünften

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens treten im Verhältnis zwischen den beiden Vertragsparteien außer Kraft:

- das Abkommen vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit,
- das Änderungsabkommen hierzu vom 30. September 1974,
- die Vereinbarung vom 9. November 1969 zur Durchführung des Abkommens vom 12. Oktober 1968 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit.

#### Artikel 43

##### Schlussprotokoll

Das beiliegende Schlussprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

#### Artikel 44

##### Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die beiden Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

#### Artikel 45

##### Geltungsdauer des Abkommens

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahrs auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die erworbenen Leistungsansprüche weiter. Rechtsvorschriften über die Einschränkung oder den Ausschluss eines Anspruchs oder über das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Geschehen zu Skopje am 8. Juli 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und mazedonischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
За Владата на Сојузна Република Германија

Dr. Irene Hinrichsen

Für die mazedonische Regierung  
За Македонската Влада

Jovan Manasijevski

натиот договор во однос на поранешните југословенски државјани наведени во член 1 став 1 буква б) од споменатиот договор само

1. ако веќе исплатува пензија според член 1 став 1 буква б) од споменатиот договор; ова важи и за пензија што се надоврзува на таква; или
2. за лица со македонско државјанство; или
3. за лица кои имаат германско државјанство или државјанство на некоја трета држава, со исклучок на државјанството на една од новите држави настанати на подрачјето на поранешна Југославија, ако на 1 јануари 1956 година тие лица имале македонско републичко државјанство.

#### Член 42

##### Престанок на досегашни договори

Со влегувањето во сила на овој Договор во односите меѓу двете договорни страни престануваат да важат:

- Договорот меѓу Сојузна Република Германија и Социјалистичка Федеративна Република Југославија за социјално осигурување од 12 октомври 1968 година,
- Договорот за измена на тој Договор од 30 септември 1974 година,
- Спогодбата од 9 ноември 1969 година за спроведување на Договорот меѓу Сојузна Република Германија и Социјалистичка Федеративна Република Југославија за социјално осигурување од 12 октомври 1968 година.

#### Член 43

##### Завршен протокол

Приложениот Завршен протокол е составен дел на овој Договор.

#### Член 44

##### Влегување во сила

Овој Договор влегува во сила првиот ден од вториот месец по истекот на месецот во кој двете договорни страни ќе се известат меѓусебно дека се исполнети условите за негово влегување во сила според националните правни прописи. Меродавен е денот на примањето на последното известување.

#### Член 45

##### Време на важење на Договорот

(1) Овој Договор се склучува на неопределено време. Секоја договорна страна може да го откаже писмено, по дипломатски пат, во рок од три месеци пред истекот на календарската година.

(2) Ако овој Договор престане да важи поради отказ, неговите одредби продолжуваат да важат во однос на дотогаш стекнатите права на давања. Правните прописи за ограничување или исклучување на некое право или за мирување или одземање на давања заради престој во странство нема да се применуваат врз таквите права.

Склучен во Скопје на 8 јули 2003 во два оригинални примероци, секој на германски и на македонски јазик, со тоа што секој текст има еднаква важност.

**Schlussprotokoll  
zum Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der mazedonischen Regierung über Soziale Sicherheit**

**Завршен протокол  
кон Договорот  
меѓу Владата на Сојузна Република Германија  
и Македонската Влада за социјално осигурување**

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklären die Bevollmächtigten beider Vertragsparteien, dass Einverständnis über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

- Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Alterssicherung der Landwirte gelten die besonderen Bestimmungen über die Rentenversicherung (Abschnitt II Kapitel 3) nicht.
- Ungeachtet der Bestimmung des Artikels 2 Absatz 2 berücksichtigt der mazedonische Träger, falls erforderlich, bei mazedonischen Staatsangehörigen oder Personen, die ihre Rechte von Versicherten mit mazedonischer Staatsangehörigkeit ableiten, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort auch die Bestimmungen eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung. Dies gilt auch für andere in Artikel 3 genannte Personen, die sich im mazedonischen Hoheitsgebiet aufhalten, sofern ein anderes Abkommen nichts anderes bestimmt.

2. Zu Artikel 4 des Abkommens:

- Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Übereinkünften der beiden Vertragsparteien mit anderen Staaten bleiben unberührt.
- Rechtsvorschriften einer Vertragspartei, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
- Mazedonische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens 60 Monate Beiträge wirksam entrichtet haben; günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Nummer 1 des Abkommens bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlose, die sich gewöhnlich im mazedonischen Hoheitsgebiet aufhalten. Eine vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens begonnene freiwillige Versicherung in der deutschen Rentenversicherung durch einen mazedonischen Staatsangehörigen oder einen in Artikel 3 Nummer 1 bezeichneten Flüchtling mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland bleibt unberührt.

3. Zu Artikel 5 des Abkommens:

- Für Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im mazedonischen Hoheitsgebiet gilt die Bestimmung über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5) in Bezug

Pri potpiшувањето на Договорот за социјално осигурување, склучен денес меѓу Владата на Сојузна Република Германија и Македонската Влада, ополномоштените лица на двете договорни страни изјавија дека постои согласност за следново:

1. Во врска со член 2 од Договорот:

- Посебните одредби за пензиското осигурување (дел II, глава 3) не важат за дополнителното рударско осигурување, ниту за старосното осигурување на земјоделците, коишто постојат во Сојузна Република Германија.
- Без оглед на одредбата од член 2 став 2, македонскиот носител за македонските државјани или лица кои своите права ги изведуваат од осигурениците – македонски државјани, независно од нивното место на престој, по потреба ќе ги земе предвид и одредбите на друг договор или меѓународна регулатива. Истото се однесува и на другите лица од член 3 кои престојуваат на македонска територија, ако со друг договор не е поинаку определено.

2. Во врска со член 4 од Договорот:

- Не се засегнати одредбите за регулирање на товарот на осигурување во меѓудржавни договори на двете договорни страни со други држави.
- Не се засегнати правните прописи на една од договорните страни коишто го гарантираат учеството на осигурениците и на работодавците во самоуправните органи на носителите и на здруженијата, како и во судството во областа на социјалното осигурување.
- Македонските државјани коишто вообичаено престојуваат надвор од територијата на Сојузна Република Германија имаат право на доброволно осигурување во рамките на германското пензиско осигурување, ако за него ефективно уплатиле придонеси за најмалку 60 месеци; не се засегнати поповолни правни прописи според националното законодавство. Ова важи и за бегалците и лицата без државјанство наведени во член 3 точка 1 од Договорот коишто вообичаено престојуваат на македонска територија. Не се засегнува доброволното осигурување во рамките на германското пензиско осигурување, започнато пред влегувањето во сила на овој Договор од страна на македонски државјанин или од страна на бегалец наведен во член 3 точка 1 со вообичаен престој надвор од територијата на Сојузна Република Германија.

3. Во врска со член 5 од Договорот:

- За лицата со вообичаен престој на македонска територија, одредбата за изедначеност на териториите (член 5) во однос на пензија според германските

auf eine Rente nach den deutschen Rechtsvorschriften wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nur, wenn der Anspruch unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage besteht. Dies gilt nicht für Leistungsansprüche, die am Tag vor dem Inkrafttreten des Abkommens bestanden haben.

- Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland eingetreten sind, sowie über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt sind, bleiben unberührt.
- Die Rechtsvorschriften über Leistungen zur Rehabilitation durch die Träger der Rentenversicherung bleiben unberührt.
- Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, werden nicht berührt.

4. Zu den Artikeln 6 bis 11 des Abkommens:

Arbeitgeber von entsandten Arbeitnehmern sind verpflichtet, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung mit den dafür zuständigen Trägern und Organisationen des Staats, in dem der Arbeitnehmer beschäftigt ist, zusammenzuarbeiten. Weitergehende innerstaatliche Vorschriften bleiben unberührt.

5. Zu den Artikeln 6 bis 11 und 18 Absatz 2 des Abkommens:

Untersteht eine Person nach den Bestimmungen des Abkommens über die Versicherungspflicht

- den deutschen Rechtsvorschriften, so finden auf sie und ihren Arbeitgeber auch die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung und der Pflegeversicherung Anwendung;
- den mazedonischen Rechtsvorschriften, so finden auf sie und ihren Arbeitgeber auch die mazedonischen Vorschriften über Arbeitslosenversicherung Anwendung.

6. Zu Artikel 7 des Abkommens:

Die festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tag. Dauert die vorgesehene Entsendung länger als 24 Monate nach Inkrafttreten des Abkommens, so gilt für den verbleibenden Zeitraum die Anwendung der Rechtsvorschriften der Vertragspartei, aus deren Hoheitsgebiet der Arbeitnehmer entsandt wurde, nach Artikel 11 des Abkommens als vereinbart.

7. Zu Artikel 9 des Abkommens:

Die deutschen Rechtsvorschriften der Unfallversicherung zum Versicherungsschutz bei Hilfeleistungen und anderen beschäftigungsunabhängigen Handlungen im Ausland bleiben unberührt.

8. Zu Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 11 des Abkommens:

Unterliegt bei Anwendung des Artikels 10 Absatz 1 und Artikels 11 des Abkommens die betroffene Person den deutschen Rechtsvorschriften, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem sie zuletzt vorher beschäftigt oder tätig war, wobei eine durch die vorherige Anwendung des Artikels 7 des Abkommens zustande gekommene andere Regelung weiter gilt. War sie vorher nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt oder tätig, so gilt sie als an dem Ort beschäftigt oder tätig, an dem die deutsche zuständige Behörde ihren Sitz hat.

правни прописи поради намалена способност за работа важи само во случај ако правото постои независно од моменталната состојба на пазарот на труд. Ова не важи за права на давања коишто постоеле на денот пред влегувањето во сила на Договорот.

- Не се засегнати германските правни прописи за давања поради повреда на работа и професионална болест коишто не настапиле на територијата на Сојузна Република Германија, како и за давања врз основа на периоди на осигурување коишто не се навршени на територијата на Сојузна Република Германија.
- Не се засегнати правните прописи за рехабилитациски давања од страна на носителите на пензиското осигурување.
- Не се засегнати германските правни прописи коишто предвидуваат мирување на права од пензиското осигурување за лица кои преку престој во странство избегнуваат кривична постапка што се води против нив.

4. Во врска со членовите 6 до 11 и од Договорот:

Работодавците на испратени работници се должни да соработуваат во областа на заштитата на работното место и на спречувањето на повреда на работа со надлежните носители и организации на државата во којашто работникот работи. Со ова не се засегнати поопширни национални правни прописи.

5. Во врска со членовите 6 до 11 и со член 18 став 2 од Договорот:

Ако на некое лице, според одредбите на Договорот за обврската за осигурување, се применуваат

- германските правни прописи, тогаш на него и неговиот работодавец ќе се применуваат и германските прописи за обврската за осигурување според прописите за унапредување на вработеноста и за осигурување за туѓа помош и нега;
- македонските правни прописи, тогаш на него и на неговиот работодавец се применуваат и македонските прописи за осигурување во случај на невработеност.

6. Во врска со член 7 од Договорот:

За лица коишто се вработени на денот на влегувањето во сила на Договорот, утврдениот рок почнува да тече на тој ден. Ако предвиденото испраќање трае повеќе од 24 месеци од денот на влегувањето во сила на Договорот, тогаш за останатото време се смета дека според член 11 од Договорот е договорена примената на правните прописи на договорната страна од чијашто територија работникот е испратен.

7. Во врска со член 9 од Договорот:

Не се засегнати германските правни прописи за осигурување во случај на повреда на работа што се однесуваат на осигурителната заштита при пружање на помош и при други активности во странство кои не зависат од вработувањето.

8. Во врска со член 10 став 1 и член 11 од Договорот:

Ако при примената на член 10 став 1 и на член 11 од Договорот на заинтересираното лице се применуваат германските правни прописи, тогаш се смета дека лицето е вработено или работи во местото во коешто тоа било вработено или работело непосредно претходно, при што и понатаму важи некоја друга одредба настаната со поранешна примена на член 7 од Договорот. Ако лицето претходно не било вработено, ниту работело на територијата на Сојузна Република Германија, тогаш се смета дека лицето е вработено или работи во местото во коешто надлежниот германски орган го има своето седиште.

## 9. Zu Artikel 16 des Abkommens:

- Im Falle des Absatzes 1 Nummer 1 ist die Anwendung der Bestimmungen über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete im Bereich der Krankenversicherung (Artikel 16) durch den Träger des Aufenthaltsorts davon abhängig, dass dieser vor der Leistungserbringung einen Vorschuss in Höhe der voraussichtlichen Leistungsaufwendungen erhält.
- Die Bestimmungen über die Gleichstellung der Hoheitsgebiete (Artikel 5 und 16) finden in Bezug auf ambulante und stationäre Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen der Krankenversicherung nur Anwendung, sofern die für den zuständigen Träger maßgebenden innerstaatlichen Rechtsvorschriften dies vorsehen.

## 10. Zu Artikel 17 des Abkommens:

Zu den Sachleistungen von erheblicher finanzieller Bedeutung im Sinne des Absatzes 4 gehören nicht Krankenhausbehandlung, Arzneimittel und andere Sachleistungen, die nicht durch ihre Art, sondern wegen der Dauer ihrer Notwendigkeit einen erheblichen finanziellen Umfang erreichen.

## 11. Zu Artikel 18 des Abkommens:

Sind nach Absatz 3 die deutschen Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner anzuwenden, so ist der Träger der Krankenversicherung zuständig, dem der Versicherte in entsprechender Anwendung der innerstaatlichen Vorschriften über die Wahlrechte und Zuständigkeiten angehört. Wäre danach eine Allgemeine Ortskrankenkasse zuständig, so gehört die Person der AOK Rheinland, Regionaldirektion Bonn, an.

## 12. Zu Artikel 22 Absatz 1 des Abkommens:

Die Anwendung des Absatzes 1 ist davon abhängig, dass der Träger des Aufenthaltsorts vor der Leistungserbringung einen Vorschuss in Höhe der voraussichtlichen Leistungsaufwendungen erhält.

## 13. Zu Artikel 40 des Abkommens:

- In Fällen, in denen nach Artikel 25 Absatz 2 des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit eine Versicherungszeit von weniger als 12 Monaten bei der Berechnung der Rente nach den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei berücksichtigt wurde, verbleibt es dabei. Dies gilt auch für Fälle, in denen eine Rente ohne Unterbrechung in eine andere Rente übergeht.
- In Fällen, in denen nach Artikel 26 Absatz 2 Satz 4 des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit ein Kinderzuschuss oder ein Erhöhungsbetrag zur Hälfte erbracht wird, und in Fällen, in denen nach Artikel 27 Nummer 3 des genannten Abkommens die Zurechnungszeit zur Hälfte angerechnet wird, verbleibt es dabei.

## 14. Zu Artikel 42 des Abkommens:

Eine Person, die nach Beendigung ihres Beschäftigungsverhältnisses im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei nach deren Vorschriften Arbeitslosengeld erhält, hat für ihre Kinder mit Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Anspruch auf Kindergeld nach den Rechtsvorschriften der ersten Vertragspartei nach Maßgabe des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit in der Fassung des Änderungsabkommens vom 30. September 1974, wenn am Tage vor dessen Außerkrafttreten für die Person Anspruch auf Arbeitslosengeld und Anspruch auf Kindergeld für das Kind besteht.

## 9. Во врска со член 16 од Договорот:

- Во случајот од став 1 точка 1, примената на одредбите за изедначеност на териториите во областа на здравственото осигурување (член 16) од страна на носителот во местото на престој е обусловена со тоа носителот, пред пружањето на давањето, да прими аконтација во висина на предвидените трошоци за давањето.
- Одредбите за изедначеност на териториите (член 5 и 16) ќе се применуваат во однос на амбулантни и стационарни превентивни и рехабилитациjsки мерки на здравственото осигурување само во случај ако тоа го предвидуваат меродавните национални правни прописи што ги применува надлежниот носител.

## 10. Во врска со член 17 од Договорот:

Во материјалните давања со поголемо финансиско значење во смисла на став 4 не спаѓаат болничко лекување, лекови и други материјални давања коишто достигнуваат поголемо финансиско значење не поради својата природа, туку поради времетраењето на нивната неопходност.

## 11. Во врска со член 18 од Договорот:

Ако според став 3 се применуваат германските правни прописи за здравствено осигурување на пензионерите, тогаш е надлежен оној носител на здравственото осигурување комушто му припаѓа осигуреникот со соодветна примена на националните прописи за правото на избор и за надлежностите. Кога, според тоа, би била надлежна некоја Општа месна здравствена каса, тогаш лицето ѝ припаѓа на Општата месна здравствена каса Рајнска област, подрачна дирекција Бон (AOK Rheinland, Regionaldirektion Bonn).

## 12. Во врска со член 22 став 1 од Договорот:

Примената на став 1 е условена со тоа носителот во местото на престој, пред пружањето на давањето, да прими аконтација во висина на предвидените трошоци за давањата.

## 13. Во врска со член 40 од Договорот:

- Во случаите во коишто, според член 25 став 2 од Договорот за социјално осигурување од 12 октомври 1968 година, при пресметувањето на пензијата според правните прописи на другата договорна страна бил земен предвид период на осигурување пократок од 12 месеци, не доаѓа до промена. Ова важи и за случаите во коишто една пензија не преминува без прекин во друга пензија.
- Во случаите во коишто, според член 26 став 2 реченица 4 од Договорот за социјално осигурување од 12 октомври 1968 година, детски додаток или некое зголемување се исплатува половично, како и во случаите во коишто, според член 27 точка 3 од споменатиот Договор, дополнителното време се засметува половично, не доаѓа до промена.

## 14. Во врска со член 42 од Договорот:

Лице коешто, по престанокот на својот работен однос на територијата на едната договорна страна, прима надомест за случај на невработеност според нејзините правни прописи, за своите деца со место на живеење или место на вообичаен престој на територијата на другата договорна страна, има право на детски додаток според правните прописи на првата договорна страна согласно Договорот за социјално осигурување од 12 октомври 1968 година во верзијата на Договорот за измена на Договорот од 30 септември 1974 година, ако на денот пред нејзиниот престанок тоа лице има право на надомест за случај на невработеност и право на детски додаток за тоа дете.

## 15. Zu diesem Abkommen und dem Vertrag vom 10. März 1956:

- Das Abkommen und der Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung, soweit er Regelungen für die im folgenden zweiten Anstrich bezeichneten Tatbestände enthält, gelten nicht als Abkommen im Sinne der deutschen Rechtsvorschriften über Fremdreiten; sie lassen diese Rechtsvorschriften unberührt.
- Die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Vertrags vom 10. März 1956 bezeichneten Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und Versicherungszeiten gelten nach Maßgabe des Artikels 41 des Abkommens als in der mazedonischen Sozialversicherung erfüllte Tatbestände im Sinne der deutschen Rechtsvorschriften über Fremdreiten. Für die Berechnung der Leistungen werden sie so bewertet, als wäre der Vertrag nicht geschlossen worden.
- Hat eine in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b des Vertrags genannte Person oder der Hinterbliebene dieser Person nach dem 1. Januar 1956, aber vor dem Inkrafttreten des Abkommens vom 12. Oktober 1968 über Soziale Sicherheit den ständigen Wohnsitz im Gebiet der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien aufgegeben, so gelten für sie und hinsichtlich ihrer im Vertrag bezeichneten Ansprüche und Anwartschaften die Bestimmungen des ersten und zweiten Anstrichs dieser Nummer mit Wirkung vom Tag der Wohnsitzaufgabe an, wenn die Person oder ihr Hinterbliebener am Tag der Antragstellung deutscher Staatsangehöriger ist.
- Eine Anwartschaft im Sinne des Artikels 1 des Vertrags vom 10. März 1956 ist nur in Bezug auf den Versicherten gegeben.

## 15. Во врска со овој Договор и со Договорот од 10 март 1956 година:

- Овој Договор и Договорот меѓу Сојузна Република Германија и Федеративна Народна Република Југославија за регулирање на извесни побарувања од социјалното осигурување од 10 март 1956 година, доколку содржи одредби за фактичките состојби наведени во следнава втора алинеја, не важат како договор според германските правни прописи за странски пензии; тие не ги засегнуваат тие правни прописи.
- Повредите на работа, професионалните болести и периодите на осигурување наведени во член 1 став 1 буква б) од Договорот од 10 март 1956 година, според член 41 од Договорот се сметаат за фактички состојби настанати во македонското социјално осигурување, во смисла на германските правни прописи за странски пензии. При пресметувањето на давањата тие ќе се вреднуваат како Договорот да не бил склучен.
- Ако по 1 јануари 1956 година, но пред влегувањето во сила на Договорот за социјално осигурување од 12 октомври 1968 година, лице наведено во член 1 став 1 буква б) од Договорот или член од семејството на починатото лице го напуштило своето постојано место на живеење на подрачјето на поранешната Социјалистичка Федеративна Република Југославија, за него во поглед на неговите права и очекувани права наведени во Договорот ќе важат одредбите од првата и втората алинеја од оваа точка, почнувајќи од денот на напуштањето на местото на живеење, ако лицето или членот од семејството на починатото лице е германски државјанин на денот на поднесувањето на барањето.
- Очекувано право во смисла на член 1 од Договорот од 10 март 1956 година постои само во однос на осигуреникот.

Vereinbarung  
zur Durchführung des Abkommens vom 8. Juli 2003  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der mazedonischen Regierung über Soziale Sicherheit

Спогодба  
за спроведување на Договорот од 8 јули 2003 година  
меѓу Владата на Сојузна Република Германија  
и Македонската Влада за социјално осигурување

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und  
die mazedonische Regierung –

Владата на Сојузна Република Германија  
и  
Македонската Влада –

auf der Grundlage des Artikels 36 Absatz 1 des Abkommens vom 8. Juli 2003 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der mazedonischen Regierung über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

врз основа на член 36 став 1 од Договорот од 8 јули 2003 година меѓу Владата на Сојузна Република Германија и Македонската Влада за социјално осигурување, во понатамошниот текст „Договор“ –

haben Folgendes vereinbart:

се договорија за следново:

**Abschnitt I**  
**Allgemeine Bestimmungen**

**Artikel 1**  
**Begriffsbestimmungen**

In den Bestimmungen dieser Vereinbarung werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

**Artikel 2**  
**Aufklärungspflichten**

Den nach Artikel 36 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und den zuständigen deutschen Trägern nach Artikel 36 Absatz 4 des Abkommens obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

**Artikel 3**  
**Mitteilungspflichten**

(1) Die in Artikel 36 Absätze 2 und 4 und in Artikel 28 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dem Abkommen und dieser Vereinbarung ergeben.

(2) Hat eine Person nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften, nach dem Abkommen oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in Bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet der anderen Vertragspartei oder nach deren Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

**Дел I**  
**Општи одредби**

**Член 1**  
**Дефиниции на поимите**

Во одредбите на оваа Спогодба поимите што се содржат во Договорот се употребуваат со значењето утврдено во него.

**Член 2**  
**Обврска за појаснување**

Органите за врска определени во член 36 став 2 од Договорот и надлежните германски носители од член 36 став 4 од Договорот, во рамките на својата надлежност, се должни на соодветните лица да им даваат општи појаснувања за правата и обврските од Договорот.

**Член 3**  
**Обврска за известување**

(1) Органите наведени во член 36 ставови 2 и 4 и во член 28 од Договорот, во рамките на својата надлежност, се должни меѓусебно и на заинтересираните лица да им ги соопштуваат фактите и да им ги ставаат на располагање доказите коишто се потребни заради обезбедување на правата и обврските што произлегуваат од правните прописи наведени во член 2 став 1 од Договорот, како и од Договорот и оваа Спогодба.

(2) Ако според правните прописи наведени во член 2 став 1 од Договорот, според одредбите на Договорот или оваа Спогодба, некое лице е должно да го известува носителот или некој друг орган за одредени факти, таа обврска важи и во однос на соодветните постоечки факти на територијата на другата договорна страна или според нејзините правни прописи. Истото важи и во случај доколку некое лице е должно да стави на располагање одредени докази.

**Artikel 4****Bescheinigung über  
die anzuwendenden Rechtsvorschriften**

(1) In den Fällen der Artikel 7, 10 und 11 des Abkommens erteilt der zuständige Träger der Vertragspartei, deren Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber diesen Rechtsvorschriften unterstehen. Diese Bescheinigung muss in den Fällen der Artikel 7 und 11 des Abkommens mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt in den Fällen der Artikel 7 und 10 des Abkommens der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, diese Bescheinigung aus. In den Fällen des Artikels 11 des Abkommens stellt die Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung - Ausland, Bonn, die Bescheinigung aus.

(3) Sind die mazedonischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt die Zweigstelle des mazedonischen Gesundheitsversicherungsfonds, bei der die Person versichert ist, diese Bescheinigung aus.

**Artikel 5****Zahlverfahren**

Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei können unmittelbar oder unter Einschaltung von Verbindungsstellen oder der zuständigen deutschen Träger nach Artikel 36 Absatz 4 des Abkommens ausgezahlt werden.

**Abschnitt II****Besondere Bestimmungen****Kapitel 1****Krankenversicherung****Artikel 6****Nachweis der Arbeitsunfähigkeit**

(1) Für den Bezug von Geldleistungen bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem der zuständige Träger nicht seinen Sitz hat, legt die betreffende Person im Falle einer ambulanten Behandlung innerhalb von drei Tagen nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit dem Träger des Aufenthaltsorts eine ärztliche Bescheinigung über ihre Arbeitsunfähigkeit vor. Der Träger des Aufenthaltsorts überprüft und bestätigt die Arbeitsunfähigkeit der Person innerhalb von drei Tagen und teilt das Ergebnis unverzüglich dem zuständigen Träger mit. Die Überprüfung erfolgt in der gleichen Weise wie bei der Überprüfung der eigenen Versicherten.

(2) Geht die Arbeitsunfähigkeit über die voraussichtliche Dauer hinaus, so wird Absatz 1 entsprechend angewandt.

**Artikel 7****Mitteilung über Krankenhausaufenthalt**

Im Falle einer stationären Krankenhausbehandlung einer versicherten Person teilt der Träger des Aufenthaltsorts dem zuständigen Träger den Krankenhausaufenthalt und seinen Beginn mit. Die Mitteilung ist innerhalb von drei Arbeitstagen, nachdem der Träger des Aufenthaltsorts von dem Krankenhausaufenthalt Kenntnis erhalten hat, abzusenden. Das Ende des Krankenhausaufenthalts ist unverzüglich mitzuteilen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nicht, soweit dem Träger des Aufenthaltsorts die Kosten der Sachleistungshilfe pauschal erstattet werden.

**Член 4****Уверение за  
правните прописи кои се применуваат**

(1) Во случаите на член 7, 10 и 11 од Договорот, надлежниот носител на договорната страна чишто правни прописи треба да се применуваат ќе издаде, на барање, уверение во однос на соодветното вработување дека за работникот и работодавецот важат тие правни прописи. Во случаите на член 7 и 11 од Договорот споменатото уверение мора да содржи ознака за одреден рок на важност.

(2) Ако треба да се применуваат германските правни прописи, тоа уверение ќе го издаде во случаите на членовите 7 и 10 од Договорот, носителот на здравственото осигурување на којшто му се уплатува придонесот за пензиско осигурување, а во другите случаи Сојузниот завод за осигурување на службеници - Берлин. Во случаите на член 11 од Договорот уверението ќе го издаде Германската служба за врска „Здравствено осигурување - странство“ - Бон.

(3) Ако треба да се применуваат македонските правни прописи, тоа уверение ќе го издаде Фондот за здравствено осигурување на Македонија - подрачната служба кај која лицето е осигурено.

**Член 5****Постапка на исплата**

Паричните давања во полза на корисници на територијата на другата договорна страна можат да се исплатуваат непосредно, или со вклучување на органи за врска или надлежните германски носители според член 36 став 4 од Договорот.

**Дел II****Посебни одредби****Глава 1****Здравствено осигурување****Член 6****Докажување на спреченост за работа**

(1) За да користи парични давања за време на престој на територијата на договорната страна во којашто не се наоѓа седиштето на надлежниот носител, соодветното лице, во случај на амбулантно лекување, во рок од три дена по настапувањето на спреченоста за работа, ќе му се поднесе на носителот во местото на престој лекарска оцена за спреченост на работа. Носителот на местото на престој ќе ја провери и ќе ја потврди спреченоста на лицето за работа во рок од три дена и неопходно ќе го извести надлежниот носител за резултатот. Проверката се врши на ист начин како при проверувањето на сопствените осигуреници.

(2) Ако спреченоста за работа трае подолго од предвидениот рок, соодветно ќе се примени став 1.

**Член 7****Известување за болничко лекување**

Во случај на болничко лекување на осигуреното лице, носителот во местото на престој му доставува на надлежниот носител известување за болничкото лекување и за неговиот почеток. Известувањето треба да се поднесе во рок од три работни дена од денот кога носителот во местото на престој дознал за болничкото лекување. За завршувањето на болничкото лекување исто така треба задолжително да се извести. Речениците од прва до трета не важат ако на носителот во местото на престој трошоците за помош при пружање на материјални давања се надоместуваат паушално.

**Artikel 8****Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen**

Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach dem Abkommen hat der Berechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.

**Kapitel 2****Unfallversicherung  
(Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten)****Artikel 9****Nachweis der Arbeitsunfähigkeit**

Die Bestimmung des Artikels 6 über den Nachweis der Arbeitsunfähigkeit gilt entsprechend.

**Artikel 10****Anspruchsbescheinigung für Sachleistungen**

Zur Inanspruchnahme von Sachleistungen nach dem Abkommen hat der Berechtigte dem Träger des Aufenthaltsorts eine vom zuständigen Träger ausgestellte Bescheinigung vorzulegen.

**Artikel 11****Arbeitsunfallanzeige**

(1) Für die Anzeige des Arbeitsunfalls und der Berufskrankheit gelten die Rechtsvorschriften der Vertragspartei, nach denen die Versicherung besteht.

(2) Die Anzeige wird dem zuständigen Träger erstattet. Er unterrichtet davon unverzüglich den Träger des Aufenthaltsorts. Geht dem Träger des Aufenthaltsorts die Anzeige zu, so übersendet er sie unverzüglich dem zuständigen Träger.

**Kapitel 3****Verschiedenes****Artikel 12****Statistiken**

Die nach Artikel 36 Absatz 2 des Abkommens eingerichteten Verbindungsstellen und die zuständigen deutschen Träger nach Artikel 36 Absatz 4 des Abkommens erstellen jährlich, jeweils nach dem Stand vom 31. Dezember, Statistiken über die in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vorgenommenen Rentenzahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der nach Rentenarten gegliederten Renten und Abfindungen erstrecken. Die Statistiken werden ausgetauscht.

**Abschnitt III****Schlussbestimmung****Artikel 13****Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer**

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Sie ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

**Член 8****Уверение за право на материјални давања**

За да користи материјални давања според Договорот, корисникот е должен на носителот во местото на престој да му поднесе уверение издадено од надлежниот носител.

**Глава 2****Осигурување во случај на  
повреда на работа и професионална болест****Член 9****Докажување на спреченоста за работа**

Одредбата на член 6 за докажување на спреченоста за работа важи соодветно.

**Член 10****Уверение за право на материјални давања**

За да користи материјални давања според Договорот, корисникот е должен на носителот во местото на престој да му поднесе уверение издадено од надлежниот носител на осигурување.

**Член 11****Пријава на повреда на работа**

(1) За пријавувањето на повреда на работа и професионална болест важат правните прописи на договорната страна на кои е засновано осигурувањето.

(2) Пријавата му се поднесува на надлежниот носител. Тој за неа неодложно ќе го извести носителот во местото на престој. Ако пријавата ја прими носителот во местото на престој, тој неодложно ќе му ја достави на надлежниот носител.

**Глава 3****Разно****Член 12****Статистики**

Органите за врска определени во член 36 став 2 од Договорот и надлежните германски носители од член 36 став 4 од Договорот секоја година ќе изработуваат статистики за пензиските исплати извршени на територијата на другата договорна страна, за состојбата на 31 декември за тековната година. Податоците, доколку е можно, треба да го опфаќаат бројот и вкупниот износ на пензиите и испратнините, по видови пензии. Статистиките ќе се разменуваат.

**Дел III****Завршна одредба****Член 13****Влегување во сила и време на важење на Спогодбата**

(1) Оваа Спогодба влегува во сила на денот на којшто двете договорни страни ќе се известат меѓусебно дека се исполнети потребните услови за нејзино влегување во сила според националните правни прописи. Меродавен е денот на примањето на последното известување.

(2) Таа треба да се применува од денот на влегувањето во сила на Договорот и важи за истиот период.

Geschehen zu Skopje am 8. Juli 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher und mazedonischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Склучена во Скопје на 8 јули 2003 година во два оригинални примероци, секој на германски и на македонски јазик, со тоа што секој текст има еднаква важност.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
За Владата на Сојузна Република Германија

Dr. Irene Hinrichsen

Für die mazedonische Regierung  
За Македонската Влада

Jovan Manasijevski

## Denkschrift

### I. Allgemeines

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien wurden die Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit durch das Abkommen vom 12. Oktober 1968 umfassend geregelt. Nach der Eigenstaatlichkeit Mazedoniens kamen Deutschland und Mazedonien überein, das genannte Abkommen im Verhältnis zwischen den beiden Staaten vorübergehend bis zum Abschluss eines neuen Abkommens weiter anzuwenden (Notenwechsel vom 16. Dezember 1993, BGBl. 1994 II S. 326).

Das neue Abkommen trägt den in beiden Staaten eingetretenen politischen Änderungen und den im Bereich der Sozialen Sicherheit eingetretenen Rechtsentwicklungen Rechnung. Es regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung. Das Abkommen begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern beider Staaten in Bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens.

Die Durchführungsvereinbarung enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Staaten, das Ausstellen von Bescheinigungen und das Verfahren bei Zahlungen in den anderen Staat.

### II. Besonderer Teil

Artikel 1 des Abkommens enthält Bestimmungen der in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendeten Begriffe. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Artikel 2, der durch Nummer 1 des Schlussprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem er die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennt, auf die sich das Abkommen bezieht. In Absatz 2 ist klargestellt, dass bei Anwendung des Abkommens andere Abkommen oder überstaatliche Regelungen unberücksichtigt bleiben. Dies gilt nicht, wenn diese zwischenstaatlichen Verträge oder das innerstaatliche Recht Versicherungsregelungen enthalten.

Die in Nummer 1 des Schlussprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, dass die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Alterssicherung der Landwirte nicht in die innerstaatlichen deutschen Vorschriften über Wanderarbeitnehmerinnen und Wanderarbeitnehmer einbezogen sind.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt. Nach Absatz 2 der Be-

stimmung ist die uneingeschränkte Gleichbehandlung im Leistungsrecht bei Staatsangehörigen der Vertragsparteien auch bei Aufenthalt in einem dritten Staat vorgesehen.

Zu Artikel 4 sind unter Nummer 2 des Schlussprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Die Bestimmung nach dem dritten Spiegelstrich knüpft für mazedonische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in Mazedonien das Recht zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung u. a. an die Voraussetzung einer Vorbeitragszeit von 60 Monaten in der deutschen Rentenversicherung.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden, wenn sich die leistungsberechtigte Person im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gewöhnlich aufhält. Nummer 3 des Schlussprotokolls zum Abkommen enthält hierzu ergänzende Regelungen. Insbesondere bestimmt Nummer 3 erster Spiegelstrich, dass Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit Aufenthalt in Mazedonien gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand des Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat.

Die Artikel 6 bis 11 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht bei einer Kollision der deutschen und mazedonischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Die Bestimmungen werden durch die Nummern 4 und 5 des Schlussprotokolls ergänzt. Nach Nummer 5 finden auf Personen, die den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Bereich der Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung unterstellt sind, auch deren Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht im Bereich der Arbeitslosenversicherung Anwendung. Untersteht eine Person den deutschen Rechtsvorschriften, so erstreckt sich diese auch auf den Bereich der Pflegeversicherung.

Nach Artikel 6 finden grundsätzlich die Rechtsvorschriften der Vertragspartei über die Versicherungspflicht Anwendung, in deren Hoheitsgebiet die Beschäftigung ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip).

Die Artikel 7 bis 10, die durch die Nummern 6 bis 8 des Schlussprotokolls ergänzt werden, regeln bestimmte Fallgruppen.

Artikel 11 beruht auf der Erwägung, dass mitunter die auf Grund der vorgenannten Vorschriften vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt und lässt abweichende Vereinbarungen zu.

Nach Artikel 12 sind gewisse rechtserhebliche Tatbestände aus dem Bereich des anderen Staates denen im Bereich des eigenen Staates gleichgestellt. Mit der Regelung werden in bestimmtem Umfang Besserstellungen des Berechtigten vermieden, die sich aus dem Versicherungsablauf innerhalb der Systeme beider Staaten ergeben.

Die Artikel 13 bis 19 sowie die Nummern 9 bis 11 des Schlussprotokolls enthalten die besonderen Bestimmungen über die Krankenversicherung.

Artikel 16 bestimmt, dass die nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung einer Vertragspartei versicherten Personen unter näher festgelegten Voraussetzungen bei – z. B. vorübergehendem – Aufenthalt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Sachleistungen erhalten können.

Nach Artikel 17 werden die Sachleistungen für Personen mit Aufenthalt im anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften von der dortigen Krankenversicherung erbracht; die Kosten werden von der Krankenversicherung der Person im Herkunftsstaat erstattet.

Artikel 18 bestimmt für Rentner, welcher Krankenversicherung – der deutschen oder der mazedonischen – sie zuzuordnen sind.

Die Artikel 20 bis 24 und die Nummer 12 des Schlussprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Insbesondere bestimmt Artikel 22, dass Personen, die wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei haben, diese auch bei Aufenthalt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erhalten. Die Sachleistungen werden nach den Rechtsvorschriften des Aufenthaltsstaats von den dortigen Versicherungsträgern erbracht (Artikel 23); die Kosten werden von der Versicherung der betreffenden Person im Herkunftsstaat erstattet (Artikel 24).

Die Artikel 25 bis 27 enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 25 bestimmt, dass Versicherungszeiten, die in der deutschen und mazedonischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem für die Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Artikel 26 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 27 nähere Regelungen für die Anwendung der mazedonischen Rechtsvorschriften.

Die Artikel 28 bis 39 enthalten Regelungen für das Zusammenwirken der in beiden Staaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die Artikel 40 bis 45 enthalten Übergangs- und Schlussbestimmungen.

Nach Artikel 41 findet der Vertrag vom 10. März 1956 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Regelung gewisser Forderungen aus der Sozialversicherung weiter Anwendung (Versicherungslastregelungen zwischen Deutschland und Jugoslawien im Zusammenhang mit den Folgen des Zweiten Weltkriegs).

Nach Artikel 42 tritt im Verhältnis zwischen Deutschland und Mazedonien das Abkommen vom 12. Oktober 1968 in der Fassung des Änderungsabkommens vom 30. September 1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über Soziale Sicherheit sowie die dazugehörige Durchführungsvereinbarung vom 9. November 1969 außer Kraft.

Nach Artikel 1 der Durchführungsvereinbarung haben die in der Vereinbarung verwendeten Begriffe die gleiche Bedeutung wie im Abkommen.

Nach Artikel 2 obliegt den zuständigen Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über das Abkommen.

Artikel 3 regelt die Verwaltungshilfe der Versicherungsträger und der Verbindungsstellen und schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 4 regelt vor allem für in das Gebiet der anderen Vertragspartei entsandte Arbeitnehmer die Erteilung von Bescheinigungen über die Fortgeltung der Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht des sog. Entsendestaates.

Auf Grund des Artikels 5 können Geldleistungen in den anderen Staat entweder durch eine dort befindliche Verbindungsstelle oder unmittelbar an die Berechtigten ausbezahlt werden.

Die Artikel 6 bis 8 enthalten Bestimmungen für die Krankenversicherung.

Die Artikel 9 bis 11 enthalten besondere Vorschriften für die Unfallversicherung.

Artikel 6 regelt die Überprüfung der Arbeitsunfähigkeit, wenn Geldleistungen (Krankengeld) bei Aufenthalt im anderen Staat in Anspruch genommen werden.

Gemäß Artikel 9 gilt diese Bestimmung entsprechend im Bereich der Unfallversicherung.

Artikel 8 bestimmt, dass bei der Inanspruchnahme von Sachleistungen im anderen Staat die oder der Versicherte eine Bescheinigung ihrer oder seiner Krankenversicherung vorzulegen hat.

Artikel 10 sieht die gleiche Bestimmung im Bereich der Unfallversicherung vor.

In Artikel 12 ist festgelegt, dass jährliche Statistiken über die in den jeweils anderen Staat vorgenommenen Rentenzahlungen ausgetauscht werden.

Artikel 13 enthält die üblichen Schlussbestimmungen. Danach ist die Gültigkeit der Durchführungsvereinbarung an die Gültigkeit des Abkommens geknüpft.

**Anlage 2****Stellungnahme des Bundesrates**

Der Bundesrat hat in seiner 799. Sitzung am 14. Mai 2004 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Der Bundesrat lehnt die in Artikel 17 Abs. 3 des deutsch-mazedonischen Sozialversicherungsabkommens vom 8. Juli 2003 enthaltene Regelung ab.

Nach Artikel 17 Abs. 3 (Sachleistungsaushilfe) gelten für die im mazedonischen Staatsgebiet wohnenden Angehörigen der Versicherten der deutschen Träger der Krankenversicherung hinsichtlich des Kreises der zu berücksichtigenden Angehörigen die Rechtsvorschriften des mazedonischen Trägers.

Der Bundesrat spricht sich gegen die grundsätzliche Einbeziehung der im Heimatstaat lebenden Eltern von Versicherten der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung in die deutsche Familienversicherung aus. Eine Einbeziehung ist auch nicht aus Gründen der Gleichbehandlung geboten, da die Eltern deutscher Versicherter nach deutschem Recht nicht von der Familienversicherung erfasst werden würden.

Ob die Eltern eines Versicherten nach mazedonischem Recht derzeit nun tatsächlich im Rahmen der Familienversicherung mitversichert sind oder nicht, kann nach Auffassung des Bundesrates offen bleiben. Die Formulierung in Artikel 17 Abs. 3 des Abkommens begegnet in jedem Fall der Kritik, da sie es der mazedonischen Seite nämlich jederzeit erlaubt, den Kreis der Versicherten entsprechend auszudehnen.

Der Bundesrat fordert daher die Bundesregierung auf, unverzüglich auf eine Änderung des Abkommens dahin gehend hinzuwirken, dass eine Einbeziehung der im Heimatstaat lebenden Eltern von Versicherten der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung in die deutsche Familienversicherung rechtssicher ausgeschlossen wird.

## Anlage 3

**Gegenäußerung der Bundesregierung**

Die Bundesregierung begrüßt, dass der Bundesrat im Ergebnis seiner Stellungnahme das gleiche Ziel wie die Bundesregierung verfolgt und sich künftig im Verhältnis zu Mazedonien der Kreis der dort lebenden anspruchsberechtigten Familienangehörigen eines in der deutschen Gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten ausschließlich nach deutschem Recht richten soll. Insoweit besteht zum Beschluss des Bundesrates Übereinstimmung.

Allerdings will die Bundesregierung einen anderen als den vom Bundesrat geforderten Weg beschreiten und hat die dafür erforderlichen Schritte bereits eingeleitet, sodass eine Neuaufnahme von Verhandlungen zur Änderung von Artikel 17 Abs. 3 des deutsch-mazedonischen Sozialversicherungsabkommens (SVA) nicht erforderlich ist.

Folgte man zum jetzigen Zeitpunkt – nach Abschluss und Unterzeichnung des Abkommens – der Forderung des Bundesrates, würde das Gegenteil des angestrebten Zieles bewirkt. Bei Nicht-Inkrafttreten des neuen Abkommens und erforderlich werdenden Neuverhandlungen bliebe über längere Zeit der gegenwärtige Rechtszustand erhalten, wonach sich der Kreis der familienversicherten Angehörigen in Mazedonien bei einem in Deutschland lebenden Stammversicherten nach mazedonischem Recht richtet. Denn das bezüglich Mazedonien anzuwendende deutsch-jugoslawische Sozialversicherungsabkommen, das entsprechende Regelungen enthält, gilt bis zum Inkrafttreten eines deutsch-mazedonischen Abkommens weiter. Durch das Inkrafttreten des eigenständigen deutsch-mazedonischen Abkommens soll aber gerade dieser alte Rechtszustand abgelöst werden.

Der von der Bundesregierung beschrittene Weg ist rechtssicher und zielführend. Die Verhandlungen mit Mazedonien wurden am 9. November 2001 abgeschlossen und das Abkommen am 8. Juli 2003 unterzeichnet. Im Laufe der Verhandlungen haben sich die Regierung Mazedoniens und die Bundesregierung darauf verständigt, dass die Regelung des Artikels 17 Abs. 3 SVA zwar in das Abkommen aufgenommen wird, künftig aber keine Rechtswirkung mehr entfalten soll. Artikel 17 Abs. 3 SVA wurde nur aus dem Grund in das Abkommen aufgenommen, weil Mazedonien aus politi-

schen Erwägungen hinsichtlich des Abkommenstextes Parallelität mit den kurz davor verhandelten Abkommen mit Kroatien und Slowenien als weiteren Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens verlangte. Auch mit diesen Staaten wurden dem Artikel 17 Abs. 3 SVA entsprechende Bestimmungen vereinbart, aber ebenfalls darauf geachtet, dass sich der Kreis der Familienversicherten nach den jeweiligen Abkommen nach deutschem Recht richtet.

Nach Artikel 17 Abs. 3 SVA gelten für die in Mazedonien wohnenden Familienangehörigen der in der deutschen Krankenversicherung Versicherten die mazedonischen Rechtsvorschriften hinsichtlich des Kreises der Familienangehörigen. Dies gilt aber nur für den Fall, dass die Kosten für Sachleistungen nach Pauschbeträgen je Familie zu erstatten sind (Artikel 17 Abs. 3 Satz 2 SVA).

Die Bundesregierung hat sich mit der mazedonischen Regierung darauf geeinigt, dass die Kosten für Sachleistungen künftig nicht mehr nach Pauschbeträgen je Familie erstattet werden, sondern je Familienangehörigen. Somit kommt die Ausnahmebestimmung des Artikels 17 Abs. 3 SVA künftig nicht mehr zur Anwendung. Dies hat zur Folge, dass zukünftig der Kreis der in Mazedonien lebenden Familienversicherten bei einem in Deutschland lebenden Stammversicherten ausschließlich nach deutschem Recht zu beurteilen ist.

Entsprechend dem deutsch-mazedonischen Einvernehmen auf Regierungsseite, hat die für die Durchführung des Abkommens im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung zuständige Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung Ausland mit dem zuständigen mazedonischen Träger bereits die Textfassung einer Vereinbarung abgestimmt, die die entsprechenden Durchführungsbestimmungen enthält. Diese so genannte Verbindungsstellenvereinbarung wird demnächst – noch vor Abschluss der Ratifikation des Abkommens – unterzeichnet. Dadurch wird dem oben beschriebenen Einvernehmen mit Mazedonien auch auf administrativer Ebene entsprochen und zugleich die ausschließliche Anwendung deutschen Rechts hinsichtlich der Beurteilung des Kreises der Familienversicherten gewährleistet.

